

Erwerbspersonen- potential



Bericht von Karl Brenke und Marius Clemens

Steigende Erwerbsbeteiligung wird künftig kaum ausreichen,
um den demografischen Wandel in Deutschland
zu meistern 675

Interview mit Karl Brenke

»In Zukunft Zuwanderung von Qualifizierten erforderlich« 686

Bericht von Martin Kroh, Simon Kühne, Christian Kipp und David Richter

Einkommen, soziale Netzwerke, Lebenszufriedenheit:
Lesben, Schwule und Bisexuelle in Deutschland 687

Am aktuellen Rand Kommentar von Claudia Kemfert

Dieselprämie – Neuauflage eines Betrugs 700



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang
31. August 2017

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Anna Hammerschmid
Aline Zucco
Anna Hammerschmid

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin
Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

Die Investitionstätigkeit der Berliner Industrie 1975 und 1976 sowie die Pläne für 1977

Investitionsschwankungen im Zuge konjunktureller Wechsellagen sind in der Berliner Industrie seit längerem stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Da der Einkommenseffekt der Investitionen in einer relativ kleinen Region mit intensiver Verflechtung nach außen wie Berlin von weit geringerer Bedeutung ist als der Kapazitätseffekt, können solche stärkeren Schwankungen für die Wirtschaftsentwicklung ohne nachteilige Folgen bleiben – vorausgesetzt, der Ausbau der Sachkapazität wird mittelfristig nicht vernachlässigt. [...]

Eine Analyse der Investitionsmotive zeigt jedoch, dass die Investitionen der Berliner Industrie in sehr starkem Maße auf Substanzerhaltung ausgerichtet sind: Seit einigen Jahren ist für rund die Hälfte der Berliner Unternehmen – und damit weit mehr als in Westdeutschland – Ersatzbeschaffung das Hauptziel der Investitionstätigkeit.

aus dem Wochenbericht Nr. 35 vom 1. September 1977

Steigende Erwerbsbeteiligung wird künftig kaum ausreichen, um den demografischen Wandel in Deutschland zu meistern

Von Karl Brenke und Marius Clemens

Im vergangenen Jahrzehnt ist die Zahl der in Deutschland verfügbaren Arbeitskräfte gestiegen – trotz rückläufiger Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Das liegt daran, dass die Erwerbsbeteiligung zugenommen hat, insbesondere bei Frauen sowie generell bei Älteren. Dabei macht sich auch bemerkbar, dass das Qualifikationsniveau gestiegen ist, denn gut ausgebildete Kräfte zeigen eine besonders hohe Erwerbsneigung. In jüngster Zeit ist das Potential an Erwerbspersonen auch infolge von Migration, insbesondere aus anderen EU-Ländern, gewachsen. Die von dort gekommenen Personen weisen inzwischen eine höhere Erwerbsbeteiligung als die Deutschen auf. Das liegt an der günstigen Altersstruktur der Zugewanderten aus der EU. Anders ist es hingegen bei den Zugewanderten aus Drittstaaten insgesamt: Deren Erwerbsbeteiligung ist relativ gering, was auch am fehlenden Zugang zum Arbeitsmarkt liegen mag. Hinzu kommt, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen aus Nicht-EU-Staaten weit unter dem Durchschnitt liegt. Auch künftig wird Deutschland mehr oder minder stark auf Zuwanderung angewiesen sein, wie verschiedene Modellrechnungen zeigen, bei denen die Auswirkungen der demografischen Einflüsse sowie des Erwerbsverhaltens auf das künftige Erwerbspersonenpotential ermittelt wurden. Das gilt auch dann, wenn bis 2040 eine so hohe Erwerbsbeteiligung erreicht wird, wie es sie aktuell in der Schweiz gibt. Das Schweizer Beispiel zeigt, dass es dem Land gelungen ist, Personen mit einer hohen Erwerbsbeteiligung aus dem Ausland anzuziehen. In der Schweiz ist auch die Erwerbsbeteiligung der Älteren viel höher als in Deutschland. Die Bundespolitik sollte das als Hinweis sehen und dafür sorgen, dass Qualifikationspotential nicht durch Frühverrentung vorzeitig verloren geht; die Privilegierung der Altersteilzeit bei Steuern und Abgaben ist kontraproduktiv.

Der demografische Wandel Deutschlands ist mindestens seit der Jahrtausendwende ein viel diskutiertes Phänomen. Zum einen werden die nachwachsenden Alterskohorten aufgrund der Geburtenrückgänge kleiner, zum anderen nimmt die Lebenserwartung zu. Dadurch verschiebt sich die Altersstruktur immer mehr hin zu den Älteren. Diese Entwicklung wirft insbesondere die Frage auf, ob auf längere Sicht überhaupt noch eine hinreichende Zahl von Erwerbsfähigen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.

Im Folgenden wird zunächst die jüngere Entwicklung der auf dem Markt verfügbaren Arbeitskräfte, also des Erwerbspersonenpotentials, analysiert – und dabei der Frage nachgegangen, von welchen Faktoren die Entwicklung beeinflusst wurde. Zu den Erwerbspersonen zählen diejenigen, die eine Beschäftigung haben (Erwerbstätige), und jene, die eine suchen – also die Erwerbslosen.¹ Darauf aufbauend werden Szenarien künftiger Entwicklung berechnet, bei denen wichtige Einflussfaktoren durchgespielt werden.

Wie andere entsprechende Untersuchungen² kann sich auch diese Studie nur auf die Daten der amtlichen Statistik stützen. Dabei ergibt sich allerdings die Schwierigkeit, dass die amtlichen Daten derzeit erhebliche Mängel aufweisen. Das größte Problem besteht darin, dass der Zensus von 2011 ergab, dass zuvor die Einwohnerzahl in Deutschland überschätzt wurde und es bis heute keine Korrektur der Bevölkerungsdaten vor 2011 gibt

¹ Als erwerbslos gelten solche Personen, die keinerlei bezahlter Beschäftigung nachgehen, dem Arbeitsmarkt kurzfristig zur Verfügung stehen und aktiv einen Job suchen.

² Johann Fuchs, Doris Söhnlein und Brigitte Weber (2011): Rückgang und Alterung sind nicht mehr aufzuhalten. Projektion des Arbeitskräftepotenzials bis 2050. IAB-Kurzbericht Nr. 16/2011 (online verfügbar, abgerufen am 10. August 2017). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt. Robert Helmrich, Gerd Zika, Michael Kalinowski und Marc Ingo Wolter (2012): Engpässe auf dem Arbeitsmarkt: Geändertes Bildungs- und Erwerbsverhalten mildert Fachkräftemangel. Neue Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030. BIBB-Report Nr. 18/2012 (online verfügbar).

Kasten

Datengrundlagen – und deren Probleme

Wenn es gilt, das Arbeitskräftepotential zu analysieren und seine möglichen künftigen Entwicklungen zu umreißen, sind zwei Indikatoren unverzichtbar: die Zahl und Zusammensetzung derjenigen Personen, die auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind, und die Zahl der Bevölkerung in einem bestimmten Alter. Die deutsche Bevölkerungsstatistik leidet darunter, dass der 2011 durchgeführte Zensus stark abweichende Ergebnisse von der vorhergehenden Bevölkerungsfortschreibung, die auf den amtlichen Melderegistern beruht, erbracht hatte. So hatte die Bevölkerungsfortschreibung die Einwohnerzahl um gut 1,5 Millionen zu hoch ausgewiesen; große Differenzen zwischen beiden Datenquellen gab es insbesondere bei der ausländischen Bevölkerung sowie in regionaler Hinsicht. Die Bevölkerungsstatistik wurde seit 2011 gemäß der Zensus-Ergebnisse angepasst, eine korrigierende Rückrechnung der Daten für die Zeit davor steht noch aus. Entsprechend weisen die Zeitreihen in der Bevölkerungsstatistik im Jahr 2011 einen Bruch auf.

Angaben über die Bevölkerung sowie über die Erwerbspersonen finden sich auch im europäischen Labour Force Survey, der in Deutschland in den Mikrozensus eingebunden ist. Dabei handelt

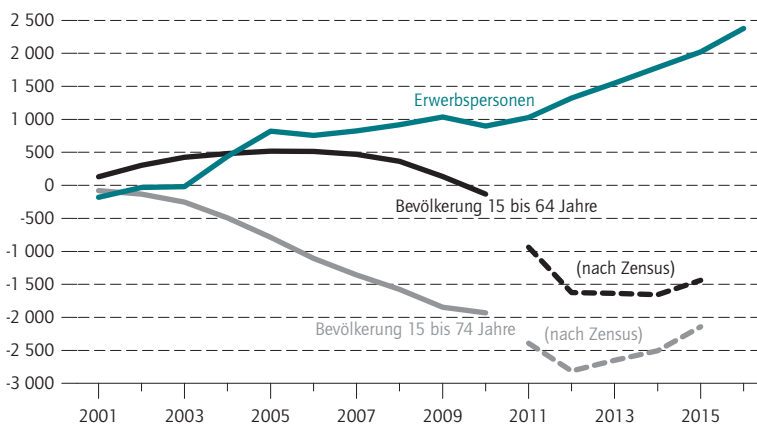
es sich um eine Erhebung auf Basis einer großen Quotenstichprobe (ein Prozent der Bevölkerung). Die Hochrechnung der Stichprobe basiert allerdings auf Rahmendaten der Bevölkerungsstatistik, und da diese für frühere Jahre unzuverlässig sind, lassen sich nur die Mikrozensusdaten ab 2011 verwenden. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass die Mikrozensushebungen in jüngster Zeit die Bevölkerung und auch die Erwerbspersonen nicht hinreichend erfassen, da die Befragung der Asylsuchenden Schwierigkeiten bereitet.¹ Anzumerken ist auch, dass die Daten des Mikrozensus beziehungsweise des Labour Force Survey hinsichtlich der Erwerbspersonen von einer anderen amtlichen Quelle – den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – abweichen. Diese sind das Ergebnis von Schätzungen auf Basis einer großen Zahl von Fachstatistiken. Diese Schätzungen kommen auf eine höhere Zahl an Erwerbspersonen und in den vergangenen Jahren einen geringeren Zuwachs bei den Erwerbspersonen als der Mikrozensus. Der Niveauunterschied zwischen

¹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2016): Deutsche Wirtschaft gut ausgelastet – Wirtschaftspolitik neu ausrichten, u. a. in DIW Wochenbericht Nr. 40, 969–971 (online verfügbar).

Abbildung 1

Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der Erwerbspersonen

Veränderung gegenüber dem Jahr 2000 in tausend Personen



Quellen: Statistisches Bundesamt (Bevölkerungsfortschreibung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung); eigene Berechnungen.

Die Zahl der Erwerbspersonen stieg trotz Bevölkerungsrückgang.

(vgl. Kasten). Daher sind auch die verfügbaren Daten über die Erwerbsbeteiligung vor und seit dem Zensus nicht kompatibel.

Erwerbspersonenpotential nahm trotz rückläufiger Einwohnerzahl zu

In Deutschland ist es noch üblich, die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren (also bis hin zum lange Zeit geltenden gesetzlichen Renteneintrittsalter³) als erwerbsfähig anzusehen. Bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat man sich indes auf eine größere Spannweite – 15 bis 74 Jahre – verständigt. Die Zahl der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren ist im vergangenen Jahrzehnt nach der amtlichen Fortschreibung stetig zurückgegangen – von 2000 bis 2010 um 1,9 Millionen (Abbildung 1). Infolge der Ergebnisse des Zensus wurde die Zahl nach unten korrigiert; auch im darauffolgenden Jahr nahm sie noch ab. Ab 2013

³ Seit Anfang 2008 ist allerdings eine Rentenreform in Kraft, nach der sich ab dem Geburtsjahrgang 1947 der gesetzliche Renteneintritt schrittweise erhöht. Aktuell beläuft sich das Regelalter für den Renteneintritt (Geburtsjahrgang 1952) auf 65 Jahre und sechs Monate.

beiden Datenquellen ist ein schon längere Zeit bekanntes Phänomen² – und es ist bis heute nicht geklärt, welche der Wirklichkeit am nächsten kommt.

Sofern nicht ausdrücklich vermerkt, sind für die hier vorgelegte Untersuchung ausschließlich Daten ab 2011 verwendet worden. Die genutzten Informationen des Labour Force Survey wurden der Datenbank von Eurostat entnommen. Die Berechnungen über mögliche Szenarien des Arbeitskräftepotentials in der Zukunft stützen sich auf die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung von 2015, die die Zensusergebnisse berücksichtigt.

² Karl Brenke (2007): Probleme der Erfassung der Erwerbstätigkeit in Deutschland, Vortrag gehalten bei der Konferenz Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt“, Mannheim, 16. bis 17. November 2007 sowie Stephan Lueken und Thomas Körner (2007): Die Erfassung der Erwerbstätigkeit in der amtlichen Statistik. Diskussionsbeitrag zum Papier von Karl Brenke, Vortrag gehalten bei der Konferenz Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt“, Mannheim, 16. bis 17. November 2007.

stieg dann die Zahl der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren – und zwar aufgrund von Zuwanderung. Ähnlich sah es bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gemäß ILO-Definition aus, doch gab es eine Abweichung: Bis 2004 nahm sie noch zu, erst danach war sie rückläufig und unterschritt 2010 das Niveau des Jahres 2000. Welche Abgrenzung auch gewählt wird: Die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist trotz aller statistischen Unsicherheit von 2000 bis 2012 eindeutig gesunken. Anschließend kam es zu einem Anstieg, der die vorhergehenden Verluste längst nicht ausgleichen konnte.

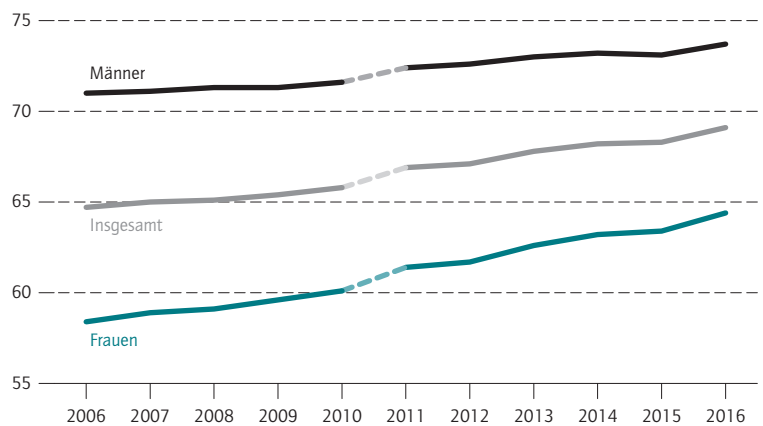
Für sich genommen hätte der Bevölkerungsrückgang in einer Abnahme des Erwerbspersonenpotentials münden müssen. Das Gegenteil war aber der Fall. Bei der Zahl der Erwerbspersonen kam es gemäß der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu einem kräftigen Zuwachs, der nur in den Jahren 2006 und 2010 etwas unterbrochen wurde. Zeitweilig drifteten Bevölkerungs- und Arbeitskräfteentwicklung auseinander: Erst in jüngerer Zeit verlaufen sie parallel – bei aufwärtsgerichtetem Trend.

Von der Bevölkerungsentwicklung hängt es demnach nicht allein ab, wie viele Arbeitskräfte zur Verfügung

Abbildung 2

Erwerbsquoten nach Geschlecht

Erwerbspersonen in Prozent der Bevölkerung von 15 bis 74 Jahren



Quelle: Eurostat (Labour Force Survey).

© DIW Berlin 2017

Die Erwerbsquote bei Frauen nahm besonders stark zu.

stehen. Ein weiterer Einflussfaktor ist das Erwerbsverhalten, denn ein immer größerer Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter nahm am Arbeitsmarkt teil. So stieg die Erwerbsquote – also die Zahl der Erwerbspersonen je 100 Einwohner – stetig. Bei den 15- bis 74-Jährigen nahm sie von 66,9 Prozent im Jahr 2011 auf 69,1 Prozent im Jahr 2016 zu (Abbildung 2). Besonders stark war der Zuwachs unter den Frauen. Zwar ist deren Erwerbsquote niedriger als die der Männer, doch haben sie – ausgehend von einem niedrigen Niveau – den Rückstand deutlich verringert.

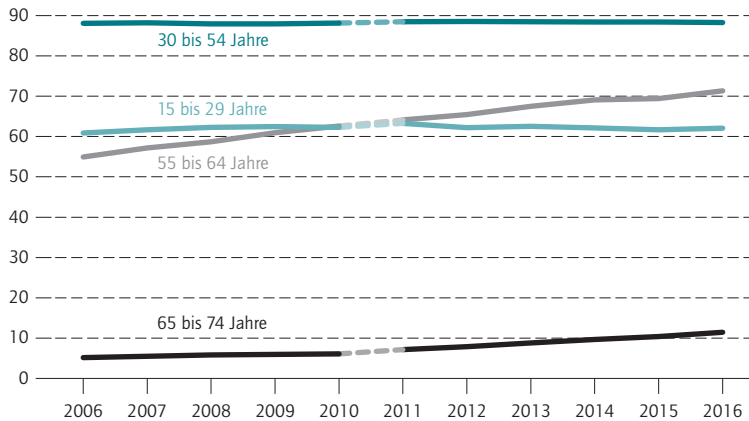
Auch in anderen Ländern nimmt die Erwerbsbeteiligung zu

Eine zunehmende Erwerbsbeteiligung ist kein allein deutsches Phänomen, vielmehr zeigt es sich in den meisten europäischen Ländern. Auch die Erwerbsquote der Frauen ist fast überall stärker gestiegen als die der Männer (Tabelle 1). In Deutschland hat die Erwerbsbeteiligung jedoch weit überdurchschnittlich zugenommen, so dass die Bundesrepublik sich bei der Erwerbsquote europaweit nunmehr in der Spitzengruppe bewegt. Nur in einigen nordischen Ländern, der Schweiz und in den Niederlanden ist sie noch höher.

Abbildung 3

Erwerbsquoten nach Altersgruppen

Erwerbspersonen in Prozent der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe



Quellen: Eurostat (Labour Force Survey); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Vor allem Ältere nahmen mehr am Erwerbsleben teil.

Vor allem Frauen und Ältere nehmen vermehrt am Erwerbsleben teil

Das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung variiert erheblich hinsichtlich des Alters. Besonders hoch war die Erwerbsquote unter den Personen von 30 bis 54 Jahren. Viel geringer war sie unter den Älteren sowie den Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Bei den jüngeren Personen ging die Erwerbsbeteiligung seit 2011 etwas zurück (Abbildung 3). Hier machte sich bemerkbar, dass ein wachsender Teil dieser Altersgruppe an einer akademischen Ausbildung teilnimmt.⁴ In dieser Altersgruppe hat allerdings unter den Frauen die Erwerbsquote weniger als bei den Männern abgenommen. Ab den Mittzwanzigern bis zu den 40- bis 44-Jährigen stagnierte die Erwerbsquote bei den Frauen, bei den Männern ging sie auch hier zurück (Tabelle 2). Das war bei ihnen auch noch bei den Personen im Alter von 45 bis 49 Jahren der Fall, während sie hier bei den Frauen stieg. Stark angezogen hat die Erwerbsquote bei den 55- bis 64-Jährigen. Ebenfalls kräftig hat sie – ausgehend von einem niedrigen Niveau – bei den Über-64-Jähri-

⁴ So betrug die Studienanfängerquote, also der Anteil der Studienanfänger an einer Alterskohorte im Jahr 2014 fast 60 Prozent – 21 Prozentpunkte mehr als zehn Jahre zuvor. Vgl. Statistisches Bundesamt (2016): Hochschulen auf einen Blick. Wiesbaden (online verfügbar).

Tabelle 1

Erwerbsquoten in europäischen Ländern

Erwerbspersonen in Prozent der Bevölkerung von 15 bis 74 Jahren

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	2006	2016	2006	2016	2006	2016
Island	82,5	83,8	86,9	87,7	77,8	79,7
Schweiz	73,9	75,6	81,0	80,6	66,9	70,6
Schweden	70,9	72,1	73,8	74,4	67,9	69,7
Estland	66,1	70,7	71,1	75,8	61,5	66,1
Norwegen	71,9	70,5	75,4	73,3	68,3	67,6
Dänemark	72,4	70,1	76,5	73,5	68,4	66,6
Niederlande	70,2	70,0	76,9	74,9	63,5	65,1
Vereinigtes Königreich	68,6	69,2	75,1	74,4	62,2	64,1
Deutschland	64,7	69,1	71,0	73,7	58,4	64,4
Lettland	64,2	68,2	70,8	72,2	58,4	64,6
Österreich	64,6	67,7	71,1	72,4	58,3	63,0
Litauen	60,0	67,6	64,6	70,9	56,0	64,6
Zypern	67,3	66,3	77,1	71,5	58,1	61,6
Finnland	67,2	65,6	69,8	68,1	64,6	63,1
Portugal	67,3	65,5	73,5	69,9	61,4	61,6
Spanien	63,6	65,4	73,5	70,5	53,6	60,3
Tschechische Republik	63,7	65,3	72,2	73,1	55,5	57,6
Irland	67,0	64,6	76,7	71,5	57,2	57,8
EU	62,5	64,4	69,9	70,2	55,2	58,7
Slowakei	62,8	64,4	71,1	71,4	54,9	57,6
Luxemburg	59,1	63,7	65,6	68,5	52,4	58,8
Slowenien	63,8	62,8	68,8	66,2	58,7	59,3
Frankreich	62,1	62,3	67,4	66,3	57,0	58,6
Polen	57,7	61,3	65,0	69,0	50,8	54,0
Ungarn	55,0	61,1	62,5	68,6	48,2	54,1
Griechenland	58,6	59,6	69,9	67,2	47,6	52,3
Malta	52,2	59,6	71,7	71,6	32,7	47,2
Belgien	58,9	59,4	65,7	64,1	52,1	54,7
Rumänien	58,9	59,3	66,1	68,5	52,0	50,2
Bulgarien	56,2	59,2	61,1	64,3	51,6	54,2
Mazedonien	56,7	58,3	68,9	71,1	44,4	45,3
Kroatien	53,9	57,4	60,2	62,6	48,0	52,3
Italien	54,8	56,6	66,1	66,0	43,7	47,5
Türkei	46,8	54,2	70,5	74,4	23,9	34,1

Quelle: Eurostat (Labour Force Survey).

© DIW Berlin 2017

In Deutschland liegt die Erwerbsquote weit über dem EU-Durchschnitt.

gen zugenommen. Der Anstieg bei den Frauen fiel dabei deutlich stärker aus.

Die Ausnahme sind die Personen ab 75 Jahren, bei denen sich die Erwerbsbeteiligung der Männer stärker erhöht hat. Eigentlich zählen die Personen dieser Altersgruppe in keiner statistischen Konvention zur erwerbsfähigen Bevölkerung; die Zahl der Erwerbspersonen unter ihnen ist aber von 2011 bis 2016 von 100 000 auf 160 000 gewachsen.

Tabelle 2

Erwerbsquoten nach Geschlecht, Nationalität und Altersgruppen

Erwerbspersonen in Prozent der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe

	Insgesamt		Deutsche		EU-Ausländer		Andere Ausländer	
	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016
	Insgesamt							
15 bis 19 Jahre	30,4	29,0	30,9	29,5	27,7	31,1	24,0	20,9
20 bis 24 Jahre	70,9	68,1	71,5	70,2	69,0	71,7	61,7	47,1
25 bis 29 Jahre	83,2	82,5	85,0	85,5	81,1	84,0	62,7	56,9
30 bis 34 Jahre	87,0	86,2	89,1	89,4	84,8	84,5	68,3	61,5
35 bis 39 Jahre	88,0	87,4	89,9	90,3	85,7	85,5	72,6	65,8
40 bis 44 Jahre	90,3	89,3	91,3	91,6	87,2	88,5	76,0	71,3
45 bis 49 Jahre	89,6	90,3	90,5	91,7	87,9	88,6	74,5	71,4
50 bis 54 Jahre	86,6	87,8	87,3	89,0	83,2	85,7	69,9	66,6
55 bis 59 Jahre	79,0	82,3	79,8	83,3	77,5	80,4	56,3	58,0
60 bis 64 Jahre	47,4	58,6	48,2	59,1	45,0	61,6	31,1	42,0
65 bis 69 Jahre	10,2	15,6	10,2	15,7	12,6	17,8	5,7	9,9
70 bis 74 Jahre	4,6	6,6	4,6	6,6	6,4	10,0	3,4	3,9
75 Jahre und mehr	1,4	1,9	1,4	1,9
15 bis 64 Jahre	77,3	77,9	78,2	79,4	76,6	80,1	62,8	58,5
20 bis 69 Jahre	75,6	76,5	76,3	77,7	75,7	78,7	63,7	59,2
15 bis 74 Jahre	66,9	69,1	67,2	69,8	71,1	74,5	58,9	55,1
<i>Erwerbspersonen in 1 000¹⁾</i>	41 088	42 881	37 607	38 052	1 601	2 523	1 881	2 307
	Männer							
15 bis 19 Jahre	32,7	31,1	33,3	32,0	29,3	31,8	25,3	20,7
20 bis 24 Jahre	73,6	69,6	73,7	71,5	74,6	78,5	71,0	49,6
25 bis 29 Jahre	87,2	85,6	87,5	87,6	91,2	92,9	80,0	66,0
30 bis 34 Jahre	94,4	92,7	94,8	94,6	95,8	95,1	90,3	75,5
35 bis 39 Jahre	95,5	94,0	95,9	95,4	96,1	96,2	91,9	81,0
40 bis 44 Jahre	95,5	93,7	95,9	94,9	95,1	94,2	90,1	83,5
45 bis 49 Jahre	94,3	93,8	94,6	94,5	95,6	93,7	88,2	82,9
50 bis 54 Jahre	91,5	91,9	91,8	92,6	91,8	91,8	83,7	78,8
55 bis 59 Jahre	85,6	87,4	85,9	88,0	86,7	87,6	73,2	71,0
60 bis 64 Jahre	56,2	64,6	57,1	64,7	50,6	69,1	39,6	52,7
65 bis 69 Jahre	13,0	19,5	13,2	19,6	12,8	21,1	7,2	14,4
70 bis 74 Jahre	6,5	9,3	6,5	9,4	7,0	12,1	4,3	4,4
75 Jahre und mehr	2,3	3,1	2,2	3,1
15 bis 64 Jahre	82,7	82,2	82,9	83,0	84,3	87,6	77,3	68,1
20 bis 69 Jahre	81,3	81,3	81,4	81,8	83,0	86,2	78,7	70,1
15 bis 74 Jahre	72,4	73,7	72,3	73,9	77,1	81,4	72,0	64,5
<i>Erwerbspersonen in 1 000¹⁾</i>	22 074	22 984	20 066	20 086	889	1 496	1 119	1 402
	Frauen							
15 bis 19 Jahre	28,0	26,6	28,5	26,9	25,8	30,3	22,6	21,3
20 bis 24 Jahre	68,2	66,5	69,3	68,9	63,3	64,1	52,8	43,7
25 bis 29 Jahre	79,2	79,1	82,5	83,3	71,5	73,8	47,8	45,1
30 bis 34 Jahre	79,5	79,4	83,4	84,0	74,7	72,2	48,1	47,3
35 bis 39 Jahre	80,6	80,6	83,9	85,1	76,7	73,1	55,2	51,5
40 bis 44 Jahre	84,9	84,8	86,6	88,2	79,2	81,6	61,6	58,9
45 bis 49 Jahre	84,9	86,7	86,3	88,9	78,9	82,3	60,1	59,4
50 bis 54 Jahre	81,8	83,7	83,0	85,4	74,6	78,1	57,7	53,5
55 bis 59 Jahre	72,6	77,3	73,9	78,7	68,1	71,6	44,1	45,3
60 bis 64 Jahre	38,9	52,9	39,6	53,7	38,1	52,5	23,4	33,7
65 bis 69 Jahre	7,5	12,0	7,5	12,2	12,3	13,9	3,9	6,2
70 bis 74 Jahre	3,1	4,3	3,1	4,3	5,2	7,6	1,9	2,7
75 Jahre und mehr	0,8	1,0	0,8	1,0
15 bis 64 Jahre	71,9	73,6	73,5	75,8	68,8	71,3	49,2	48,0
20 bis 69 Jahre	69,9	71,7	71,2	73,7	68,2	69,9	49,7	47,8
15 bis 74 Jahre	61,4	64,4	62,2	65,8	64,7	66,3	46,5	44,9
<i>Erwerbspersonen in 1 000¹⁾</i>	19 014	19 898	17 541	17 966	712	1 027	761	905

1 Im Alter von 15 bis 74 Jahren.

Quelle: Eurostat (Labour Force Survey); Berechnungen des DIW Berlin.

EU-Ausländer weisen eine höhere Erwerbsbeteiligung als die Deutschen auf – Drittstaatenangehörige hinken weit hinterher

Unterschiede gibt es auch in der Erwerbsbeteiligung zwischen den Personen mit deutscher und denen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Bei der ausländischen Bevölkerung muss ebenfalls differenziert werden – und zwar danach, ob sie aus EU-Staaten oder aus Drittländern kommt.

Unter der EU-Bevölkerung in Deutschland war 2016 die Erwerbsbeteiligung höher als unter den Deutschen. Das war fünf Jahre zuvor noch nicht so. Im Zuge der in jüngerer Zeit stark gestiegenen Zuwanderung aus der EU hat es demnach vor allem Arbeitskräfte nach Deutschland gezogen. Anders als bei den Deutschen stieg auch unter den Jüngeren aus anderen EU-Ländern die Erwerbsquote. Diese Entwicklung gibt es schon seit Längerem.⁵ Ansonsten verlief die Entwicklung ähnlich wie bei den Deutschen: Bei den Personen im mittleren Alter stagnierte die bereits hohe Erwerbsquote in der Zeit von 2011 bis 2016 weitgehend, bei den Älteren nahm sie zu. Es fällt allerdings auf, dass bei den EU-Bürgern die Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung größer sind als unter den Deutschen – und dass es bei ihnen hier in den letzten Jahren sogar zu einer Divergenz kam. Alles in allem spielt eine große Rolle, dass die Personen aus der EU eine für den Arbeitsmarkt günstige Altersstruktur vorweisen. Hätten sie dieselbe Altersstruktur wie die Deutschen, wäre ihre Erwerbsquote weitaus – um fast sieben Prozentpunkte – niedriger.

Bei der ausländischen Bevölkerung, die aus Nicht-EU-Staaten stammt, lag dagegen die Erwerbsquote weit unter dem Durchschnitt – und zwar in allen Altersgruppen. Überdies ist die Erwerbsquote – abgesehen von den Älteren – kräftig gesunken. Das könnte auch daran liegen, dass zuletzt vermehrt Asylsuchende gekommen sind, die in der Regel erst nach der Gewährung eines entsprechenden Aufenthaltstitels eine Arbeitsgenehmigung erhalten. Das ist es aber wohl nicht allein, wie an den immensen Unterschieden bei den Erwerbsquoten von Männern und Frauen zu sehen ist. Unter den Drittstaatenangehörigen dürften noch traditionelle Rollenbilder vorhanden sein, die die Frauen vom Arbeitsmarkt fernhalten.

Unterschiedliche Effekte von Erwerbsbeteiligung und Bevölkerungswachstum auf das Erwerbspersonenpotential

Es stellt sich die Frage, in welchem Maße in jüngster Zeit ein verändertes Erwerbsverhalten und die demografische Entwicklung zum Anstieg des Erwerbspersonenpotentials beigetragen haben. Das lässt sich anhand von Modellrechnungen ermitteln. Wird unterstellt, dass das Erwerbsverhalten im Jahre 2016 dasselbe wie im Jahr 2011 war und sich auch die Struktur der Bevölkerung hinsichtlich Alter und Geschlecht nicht verändert hat – wohl aber hinsichtlich der Einwohnerzahl –, dann zeigt sich der Effekt, der sich allein aufgrund der Veränderung der Einwohnerzahl ergibt. Wird die Erwerbsquote konstant gehalten, lässt sich zudem der Effekt bestimmen, der sich aufgrund einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einstellte. Die Einbeziehung der Erwerbsquote in die Berechnungen gibt schließlich Aufschluss über den Verhaltenseffekt.

Die zunehmende Erwerbsbeteiligung trug den größten Teil zum Zuwachs des Erwerbspersonenpotentials bei. In der Zeit von 2011 bis 2016 waren es knapp eine Million Personen (Tabelle 3). Die allermeisten waren Frauen. Um jeweils etwa 400 000 Personen nahm das Potential zum einen aufgrund des Bevölkerungswachstums und zum anderen aufgrund einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung zu – durch die es etwa zu einer Verschiebung hin zu Gruppen mit einer relativ hohen Erwerbsquote kam.

Dabei gab es zwischen den einzelnen Nationalitätengruppen sehr unterschiedliche Entwicklungen. Bei den Deutschen nahm die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter stark ab, doch wurde dies vorrangig durch eine gestiegene Erwerbsbeteiligung sowie etwas durch eine Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung ausgeglichen – bei den Frauen sogar weit überkompensiert. Unter der EU-Bevölkerung in Deutschland haben alle Einflussgrößen zur Zunahme des Erwerbspersonenpotentials beigetragen, vor allem aber der zuwanderungsbedingte Bevölkerungszuwachs. Bei den Personen aus Drittstaaten erhöhte sich das Erwerbspersonenpotential ebenfalls in erster Linie aufgrund des Bevölkerungszuwachses. Die Wirkung dieses Effektes wurde hier aber durch eine verminderte Erwerbsbeteiligung geschmälert.

⁵ Karl Brenke und Nina Neubecker (2013): Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich. In: DIW Wochenbericht Nr. 49, 3-21 (online verfügbar).

Tabelle 3

Komponenten der Veränderung der Zahl der Erwerbspersonen von 2011 bis 2016 nach Geschlecht und Nationalitätengruppen

Veränderung 2016 gegenüber 2011 in 1000 Personen

	Demografische Effekte		Verhaltenseffekt Veränderung der Erwerbsquote gegenüber 2011	Effekte insgesamt
	infolge der Veränderung der Zahl der Einwohner im Alter von 15 bis 74 Jahren - bei unveränderter Alters- und Geschlechtsstruktur	infolge der Veränderung der Alters- und Geschlechtsstruktur der 15- bis 74-Jährigen		
Deutsche				
Männer	-534	216	339	20
Frauen	-467	77	815	425
Insgesamt	-1 001	293	1 154	445
EU-Ausländer				
Männer	446	123	38	607
Frauen	357	-75	32	315
Insgesamt	804	48	70	922
Ausländer - Nicht-EU				
Männer	350	123	-190	282
Frauen	238	-57	-37	144
Insgesamt	587	65	-226	426
Alle Nationalitäten				
Männer	261	461	187	910
Frauen	128	-55	810	883
Insgesamt	390	406	998	1 793

Quellen: Eurostat (Labour Force Survey); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Gutqualifizierte sind besonders häufig auf dem Arbeitsmarkt

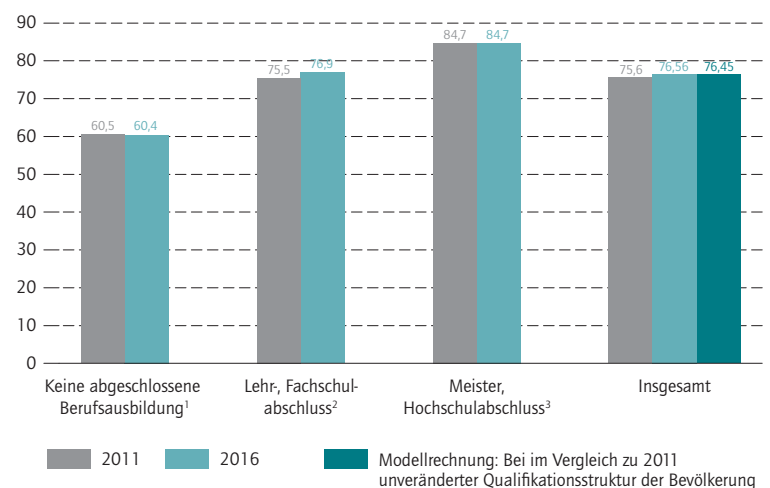
Das Erwerbsverhalten ist in erheblichem Maße mit der beruflichen Ausbildung verknüpft: Je besser die Qualifikation, desto höher die Erwerbsquote (Abbildung 4). Die Qualifikation dürfte stellvertretend für andere Gegebenheiten stehen. Wer gut ausgebildet ist, geht in der Regel einer interessanten Tätigkeit nach und hat eine relativ hohe intrinsische Arbeitsmotivation. Geringqualifizierte haben indes oft einfache und körperlich anstrengende Jobs; nicht selten zwingt körperlicher Verschleiß oder Belastung aufgrund von monotoner Arbeit zur Frühverrentung.

Das Qualifikationsniveau ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen. Zugenommen hat der Anteil der Hochqualifizierten mit akademischem Abschluss oder Meisterprüfung an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter⁶ – zulasten der Personen ohne Berufsausbildung sowie jener, die eine Lehre oder Fachschule absolviert haben (Abbildung 5). Bei den Frauen ist allerdings auch deren Anteil gestiegen, wohingegen der Anteil der Geringqualifizierten deutlich zurückging. Bei den Männern zeigt sich indes eine Spreizung: Sowohl die Akademiker als auch

Abbildung 4

Erwerbsquoten nach beruflicher Ausbildung

Erwerbspersonen in Prozent der Bevölkerung von 20 bis 69 Jahren



1 ISCED (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens) 0 bis 2
 2 Einschließlich Abitur, ISCED 3 bis 4
 3 ISCED 5 und höher.

Quelle: Eurostat (Labour Force Survey); Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

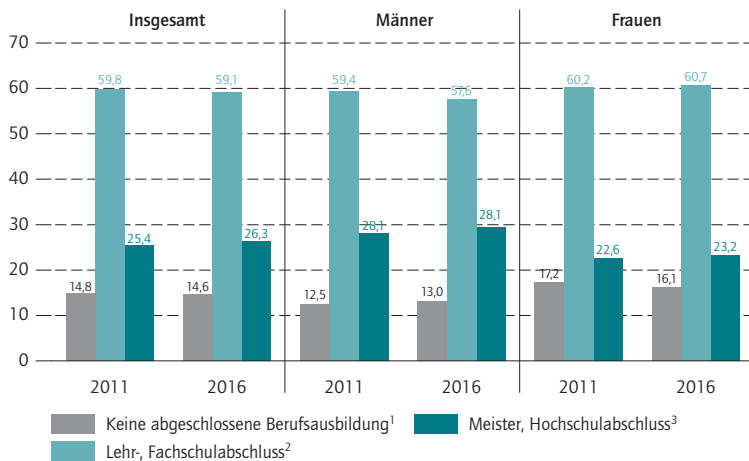
6 Vollständige Angaben sind aus der verwendeten Quelle – dem Labour Force Survey der Datenbank von Eurostat – nur für die Personen im Alter von 20 bis 69 Jahren verfügbar.

Je besser die Ausbildung, umso höher die Erwerbsquote

Abbildung 5

Qualifikationsstruktur der Bevölkerung nach Geschlecht im Alter von 20 bis 69 Jahren

Anteil in Prozent



1 ISCED (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens) 0 bis 2
 2 Einschließlich Abitur, ISCED 3 bis 4
 3 ISCED 5 und höher.

Quelle: Eurostat (Labour Force Survey); Berechnungen des DIW Berlin.

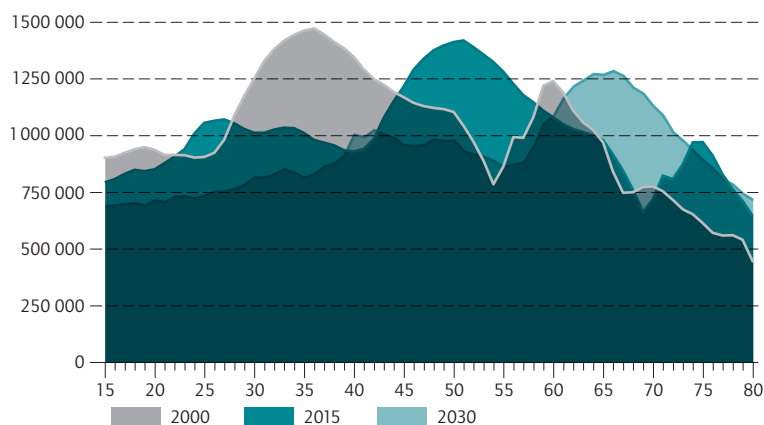
© DIW Berlin 2017

Der Anteil der Hochqualifizierten nimmt zu.

Abbildung 6

Bevölkerung 2000, 2015 und 2030

Anzahl pro jeweiliges Altersjahr



Quelle: Statistisches Bundesamt (Bevölkerungsfortschreibung).

© DIW Berlin 2017

Immer mehr Babyboomer erreichen das Rentenalter.

die Geringqualifizierten haben an Bedeutung gewonnen. Letzteres ist zuwanderungsbedingt.⁷ Der generelle Anstieg des Qualifikationsniveaus von 2011 bis 2016 hatte auch Auswirkungen auf die Erwerbsquote. Wie eine weitere Modellrechnung ergab⁸, wäre ohne den Anstieg die Erwerbsquote um 0,012 Prozentpunkte geringer gewesen – das entspricht 60 000 Personen.

Szenarien, die Anhaltspunkte über die künftige Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials geben

Bisher konnte insbesondere wegen einer gestiegenen Erwerbsbeteiligung der demografische Wandel gut bewältigt werden. Die Herausforderungen werden aber erheblich zunehmen, da nun immer mehr geburtenstarke Jahrgänge das Rentenalter erreichen. Das sind die in der Zeit ab Anfang der fünfziger Jahre Geborenen. Die Zahl der Geburten erreichte 1964 ihren Höhepunkt, nach dem sogenannten „Pillenknick“ nahm die Zahl der Geburten bis Anfang der siebziger Jahre stark ab (Abbildung 6).

Um die Folgen dieser Welle aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung zu skizzieren, wurden Szenarien mit einem Zeithorizont bis 2040 berechnet. Damit ist nicht der Anspruch verbunden, eine Prognose abzugeben, sondern lediglich die Wirkungen bestimmter Einflüsse zu umreißen. Basis sind die Daten der amtlichen 13. koordinierten Bevölkerungsfortschreibung. Kalkuliert wurden bei den jeweiligen Szenarien jeweils zwei Varianten: ohne und mit Wanderungsgewinnen.⁹ Es wurde ein Wanderungsüberschuss in Höhe von jährlich 200 000 Personen über alle Altersgruppen unterstellt. Das mag angesichts der jüngeren Entwicklung knapp bemessen sein; höhere Überschüsse beinhaltet die amtliche Bevölkerungsvorausberechnung aber nicht. Berechnet wurden fünf Szenarien.

1) Im Referenzszenario (EU-GEQ) wird die künftige Erwerbsquote anhand eines Zeitreihenmodells entsprechend der Methode der EU-Kommission zur Ermittlung des Wachstumspotentials berech-

⁷ So ist nach den Ergebnissen des Mikrozensus die Zahl der männlichen Ausländer mit eigener Migrationserfahrung (ohne Personen in Ausbildung und Kinder), die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, von 2011 bis 2016 um gut eine halbe Million gewachsen. Vgl. Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2011 Fachserie 1, Reihe 1.2 sowie dieselbe Veröffentlichung für den Mikrozensus 2016. Wiesbaden (online verfügbar).

⁸ Unterstellt wurde, dass die Qualifikationsstruktur 2016 dieselbe wie im Jahr 2011 war und sich ansonsten die Bevölkerungsstruktur und das Erwerbsverhalten so entwickelt haben, wie es tatsächlich der Fall war.

⁹ Hierzu wird die rein hypothetische Variante (G1-L1-W0) mit einer Nettozuwanderung von null und die Variante mit einer Nettozuwanderung in Höhe von 200 000 Personen (G1-L1-W2) verwendet.

net.¹⁰ Bei diesem Verfahren wird für die gesamte erwerbsfähige Bevölkerung allerdings ein einheitliches Erwerbsverhalten unterstellt. Dabei wird ausgedrückt, dass es je nach Alter und Geschlecht erheblich variiert. Unberücksichtigt bleiben auch Veränderungen in der Altersstruktur. Gemäß dieser Methode wird das Erwerbspersonenpotential ohne Wanderungsüberschüsse bis 2020 noch leicht zunehmen, bis zum Jahr 2040 aber um dreieinhalb Millionen schrumpfen (siehe Abbildung 7). Bei einem jährlichen Wanderungsplus von 200 000 Personen nimmt das Erwerbspersonenpotential hingegen bis 2025 zu und ist erst ab dem Jahr 2035 niedriger als im Jahr 2016 (siehe Abbildung 8).

2) Im zweiten Szenario (KON) wird unterstellt, dass sich das Erwerbsverhalten ab 2016 nicht weiter verändert; es sind somit allein demografische Einflüsse wirksam. Ohne Zuwanderung würde sich das Erwerbspersonenpotential bis zum Jahr 2040 um gut 9,5 Millionen Personen vermindern. Dabei schlägt stark zu Buche, dass der Anteil von Personen in Alterskohorten mit relativ geringer Erwerbsbeteiligung (60- bis 74-Jährige) steigt, während der Anteil von Kohorten im mittleren Alter und mit hoher Erwerbsbeteiligung sinkt (Tabelle 4). Selbst bei Wanderungsgewinnen von 200 000 Personen jährlich würde das Erwerbspersonenpotential im Jahr 2040 um gut sechs Millionen Personen geringer sein als 2016. Ein solches Szenario ist aber wenig wahrscheinlich, da nichts dafür spricht, dass der bisherige Trend einer sich wandelnden Erwerbsbeteiligung sofort und abrupt zum Stillstand kommt.

3) In einem weiteren Szenario (LIN) wird neben den demografischen Wirkungen daher auch eine sich weiter verändernde Erwerbsbeteiligung unterstellt. Angenommen wird, dass sich die Erwerbsquote in den einzelnen Altersgruppen bei den beiden Geschlechtern wie im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre entwickelt.¹¹ Das Erwerbspersonenpotential sinkt ohne einen Wanderungsüberschuss bis zum Ende des Projektionszeitraumes um gut drei Millionen Personen. Kommen besagte Wanderungsgewinne hinzu, ergäbe sich bis 2040 kein nennenswerter Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen. Ein gleichmäßiger linearer Anstieg der Erwerbsquote über die nächs-

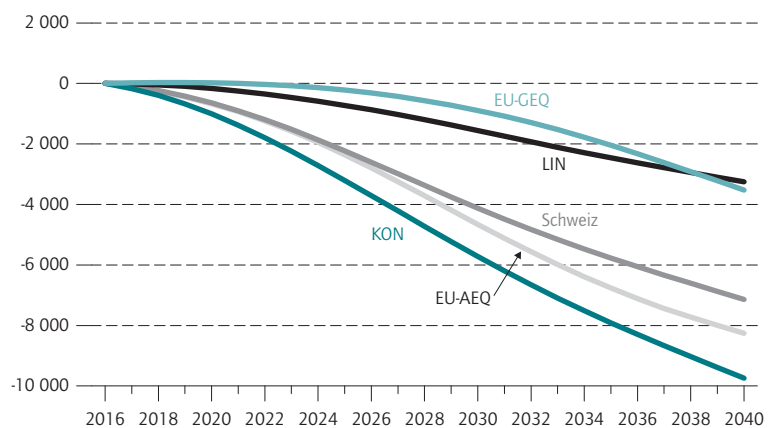
¹⁰ Vgl. Karel Havik et al. (2014): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. European Commission Economic Papers 525 (online verfügbar).

¹¹ Dadurch ähnelt der Verlauf dem des Referenzszenarios, denn bei einer linearen Fortschreibung der aggregierten Erwerbsquote wird implizit angenommen, dass sich die kohortenspezifischen Erwerbsquoten ebenfalls linear entwickeln. Die Differenz kommt auch u. a. dadurch zustande, dass die Erwerbsquoten von Alterskohorten, die infolge der linearen Fortschreibung Werte von über 100 Prozent erreicht hätten, auf den Durchschnittswert der vergangenen drei Jahre restringiert und damit nichtlinear sind.

Abbildung 7

Veränderung des Erwerbspersonenpotentials 2040 gegenüber 2016 bei unterschiedlicher Entwicklung der Erwerbsbeteiligung ohne Wanderungsüberschuss

Anzahl in Tausend



Quelle: Eurostat (Labour Force Survey); Bundesamt für Statistik; eigene Berechnungen.

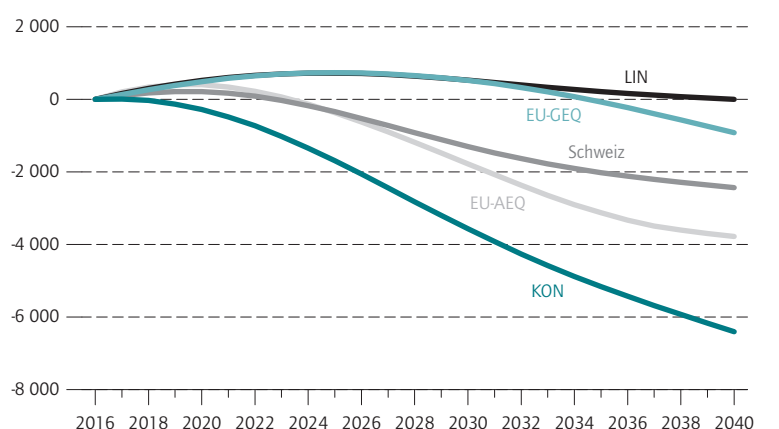
© DIW Berlin 2017

Ohne Wanderungsgewinne geht das Erwerbspersonenpotential deutlich zurück.

Abbildung 8

Veränderung des Erwerbspersonenpotentials 2040 gegenüber 2016 bei unterschiedlicher Entwicklung der Erwerbsbeteiligung mit Wanderungsüberschuss

Anzahl in Tausend



Quelle: Eurostat (Labour Force Survey); Bundesamt für Statistik; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Das Erwerbspersonenpotential nimmt bei einem angenommenen Wanderungsgewinn weniger stark ab.

ten 23 Jahre ist allerdings ebenfalls unrealistisch, weil dann einige Altersgruppen auf eine unwahrscheinlich hohe Erwerbsbeteiligung kämen. Beispielsweise würde sich bei den 55- bis 64-Jährigen eine Erwerbsquote von 98 Prozent ergeben.

- 4) Wendet man das Zeitreihenverfahren des Referenzszenarios auf die einzelnen Altersgruppen an und kalkuliert mit alters- sowie geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten, ergeben sich andere Ergebnisse.¹²

¹² Dazu werden altersspezifische Erwerbsquoten mit ARIMA-Modellen geschätzt und fortgeschrieben. Die Auswahl des optimalen Modells für die jeweilige Alterskohorte erfolgt entsprechend der üblichen Informationskriterien.

In diesem Szenario (EU-AEQ) sinkt das Erwerbspersonenpotential ohne Wanderungsgewinne schon im nächsten Jahr und wird sich bis 2040 um gut acht Millionen Personen reduzieren. Bei den angenommenen Wanderungsüberschüssen ist der Rückgang nur noch halb so groß. Ein großes Problem besteht bei Modellen dieser Art allerdings darin, dass wegen ihrer systematischen Ausrichtung an rein statistischen Effizienzkriterien inhaltliche Interpretationen der Ergebnisse schwer möglich sind.¹³

- 5) Im letzten Szenario (Schweiz) wird angenommen, dass sich die altersspezifischen Erwerbsquoten von Männern und Frauen bis 2040 an die heutigen Erwerbsquoten in der Schweiz angepasst haben. Die Schweiz eignet sich deshalb als Referenzland, weil es von der Wirtschaftsstruktur her ähnlich wie Deutschland ist.¹⁴ Anders als bei den anderen Szenarien wurden in diesem Modell auch Unterschiede im Erwerbsverhalten von Personen mit inländischer und mit ausländischer Staatsbürgerschaft berücksichtigt. Ohne Wanderungsgewinne würde sich das Erwerbspersonenpotential bis 2040 um sieben Millionen Personen vermindern. Stellen sich Gewinne in der angenommenen Größenordnung ein, ergibt sich ein Minus von 2,4 Millionen Erwerbspersonen, wobei ab 2023 die Zahl von 2016 unterschritten wird. Anders als bei der modellgetriebenen Fortschreibung wirken sich beim Schweiz-Szenario auch landesspezifische Eigenarten aus. In der Schweiz ist die Erwerbsquote nicht nur generell höher als in Deutschland. Besonders auffallend ist, dass sie die deutschen Werte bei Personen mit inländischer Staatsangehörigkeit bei den 15- bis 19-jährigen Männern und Frauen, den 20- bis 34-jährigen Frauen, den 65- bis 74-jährigen Frauen sowie den 60- bis 74-jährigen Männern weit übertrifft (Tabelle 5). Noch größer sind die Differenzen im Falle der ausländischen Bevölkerung – und hier insbesondere bei den Frauen sowie generell vor allem bei Personen bis zu 39 Jahren. Die Unterschiede zwischen Deutschland und der Schweiz rühren mithin auch vom unterschiedlichen Erwerbsverhalten der ausländischen Bevölkerung in den beiden Ländern her – und somit wohl auch von Unter-

¹³ Für die weitere Forschungsarbeit bietet es sich daher an, strukturelle Modelle für Deutschland zu prüfen. Vgl. hierzu die Vorarbeiten von Bruce C. Fallick und Jonathan F. Pingle (2006): A Cohort-based Model of Labor Force Participation. Finance and Economics Discussion Series 2007-09 (online verfügbar) oder Almut Balleer, Ramón Gómez Salvador und Jarkko Turunen (2014): Labour Force Participation across Europe: A Cohort-based Analysis. Empirical Economics, 46 (4), 1385-1415 (online verfügbar).

¹⁴ So trug 2015 das Produzierende Gewerbe in der Schweiz 26 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, in Deutschland waren es 30 Prozent. Der Rest der Wirtschaftsleistung entfällt fast ausschließlich auf die Dienstleistungen, denn in beiden Ländern spielt die Landwirtschaft kaum eine Rolle. Überdies ist auch die Schweiz ein Einwanderungsland, das mit den Auswirkungen des zukünftigen demografischen Wandels umgehen muss. Zudem hat sich in der Schweiz ebenfalls die Arbeitsmarktsituation in den vergangenen Jahren sehr günstig entwickelt.

Tabelle 4

Komponenten der Veränderung des Erwerbspersonenpotentials

Veränderung 2040 gegenüber 2016 in tausend Personen

Inländisches Erwerbspersonenpotential							
	Demografischer Effekt (KON)	Verhaltenseffekt			Gesamteffekt		
		LIN ¹	EU-AEQ ²	Schweiz ³	LIN ¹	EU-AEQ ²	Schweiz ³
15 bis 19 Jahre	24	-334	-303	630	-310	-279	654
20 bis 24 Jahre	-571	-155	-5	270	-726	-576	-301
25 bis 29 Jahre	-1 047	52	-211	183	-996	-1 259	-864
30 bis 34 Jahre	-1 155	21	103	111	-1 134	-1 051	-1 044
35 bis 39 Jahre	-920	44	112	50	-876	-808	-870
40 bis 44 Jahre	-1 049	38	569	12	-1 011	-481	-1 037
45 bis 49 Jahre	-1 452	192	-347	27	-1 260	-1 799	-1 424
50 bis 54 Jahre	-1 617	273	-159	89	-1 344	-1 776	-1 528
55 bis 59 Jahre	-1 341	592	288	122	-749	-1 053	-1 219
60 bis 64 Jahre	-650	1 385	599	154	735	-51	-496
65 bis 69 Jahre	89	3 126	445	377	3 215	534	466
70 bis 74 Jahre	135	1 070	207	392	1 205	342	527
15 bis 74 Jahre	-9 554	6 304	1 296	2 419	-3 251	-8 258	-7 136

Gesamtes Erwerbspersonenpotential							
	Demografischer Effekt (KON)	Verhaltenseffekt			Gesamteffekt		
		LIN ¹	EU-AEQ ²	Schweiz ²	LIN ¹	EU-AEQ ²	Schweiz ²
15 bis 19 Jahre	24	-260	-315	921	-236	-291	945
20 bis 24 Jahre	-451	-332	5	441	-783	-446	-10
25 bis 29 Jahre	-918	-28	-119	385	-946	-1 037	-533
30 bis 34 Jahre	-951	-134	288	314	-1 085	-664	-637
35 bis 39 Jahre	-564	-165	116	235	-729	-448	-329
40 bis 44 Jahre	-440	-81	698	144	-520	259	-296
45 bis 49 Jahre	-787	166	-196	138	-620	-983	-649
50 bis 54 Jahre	-1 096	180	-40	183	-916	-1 136	-913
55 bis 59 Jahre	-972	631	294	199	-341	-678	-773
60 bis 64 Jahre	-433	1 716	1 210	135	1 283	776	-299
65 bis 69 Jahre	135	3 426	399	380	3 561	534	515
70 bis 74 Jahre	150	1 179	184	397	1 328	334	547
15 bis 74 Jahre	-6 304	6 299	2 524	3 872	-5	-3 780	-2 433
Migrationseffekt	3 250	745	1 228	1 453	3 995	4 478	4 703

¹ In Szenario LIN werden die altersspezifischen Erwerbsquoten anhand des Durchschnitts der letzten fünf Jahre fortgeschrieben.

² In Szenario EU-AEQ werden die altersspezifischen Erwerbsquoten mit Hilfe geeigneter Zeitreihenmodelle geschätzt und fortgeschrieben.

³ In Szenario Schweiz konvergieren die altersspezifischen Erwerbsquoten von Frauen und Männern bis 2040 gegen die jeweiligen Erwerbsquoten der Schweiz.

Quellen: Eurostat (Labour Force Survey); Bundesamt für Statistik; eigene Berechnungen.

schieden in der sozialen Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung.

In allen Szenarien schrumpft das Erwerbspersonenpotential bis 2040 – es variieren lediglich das Ausmaß und der Zeitpunkt, ab dem es zu einer Abnahme kommt. Werden Wanderungsgewinne unterstellt, die allerdings deutlich geringer sind als die Überschüsse in jüngerer Zeit, ist ebenfalls fast immer mit einem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials zu rechnen. Die Abnahme würde aber sehr viel geringer ausfallen als im Falle einer lediglich ausgeglichenen Wanderungsbilanz.

Fazit

Wie das Durchspielen einiger Modellvarianten gezeigt hat, wird eine weitere Erhöhung der Erwerbsquote kaum hinreichend sein, um in der Zukunft einen Rückgang des Arbeitskräftepotentials zu vermeiden. Gleichwohl sollte darauf gesetzt werden, die verfügbaren Arbeitskräfte möglichst lange im Erwerbsleben zu halten. Politische Interventionen wie die „Rente mit 63“ sind ebenso kontraproduktiv wie die weiterhin bestehende Förderung der Altersteilzeit bei Steuern und Sozialabgaben.¹⁵ Diese Privilegierung sollte abgeschafft werden. Die in dieser Untersuchung präsentierten Modellrechnungen bis 2040 sind lediglich als Hinweise auf die Bedeutung einzelner Determinanten zu verstehen, die Einfluss auf das künftige Erwerbspersonenpotential haben – nicht aber als Prognosen über dessen Ausmaß. Eine solche Prognose ist wissenschaftlich auch seriös kaum möglich, ebenso wenig wie eine Quantifizierung des zu erwartenden Arbeitskräftebedarfs auf längere Sicht. Denn Angebot und Nachfrage bedingen sich gegenseitig. Werden Arbeitskräfte knapper, steigt deren Preis – also der Lohn. Höhere Erwerbseinkommen könnten Arbeitskräfte aus dem Ausland anziehen – und zwar in denjenigen Marktsegmenten, in denen die Knappheit am größten ist. Dabei dürfte es sich vor allem um anspruchsvolle Tätigkeiten handeln, für die nur entsprechend qualifizierte Kräfte in Frage kommen. Steigende Löhne dürf-

¹⁵ Die von den Arbeitgebern zu zahlenden Aufstockungsbeiträge sind für die abhängig Beschäftigten steuer- und sozialabgabenfrei (vgl. § 3 Nr. 28 EstG).

Karl Brenke ist wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

JEL: E24, J11, J21

Keywords: Labor force, labor market participation, demographic shift, migration

Tabelle 5

Differenz der altersspezifischen Schweizer und deutschen Erwerbsquoten nach Geschlecht und Herkunft
In Prozentpunkten

	Differenz der Erwerbsquoten der inländischen Bevölkerung in Prozentpunkten			Differenz der Erwerbsquoten der ausländischen Bevölkerung in Prozentpunkten			Differenz der Erwerbsquoten der gesamten Bevölkerung in Prozentpunkten		
	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt
15 bis 19 Jahre	28	27	28	27	29	28	28	27	27
20 bis 24 Jahre	14	4	9	26	20	22	6	7	7
25 bis 29 Jahre	8	4	6	25	18	21	15	7	11
30 bis 34 Jahre	5	3	4	24	12	17	10	7	8
35 bis 39 Jahre	3	1	2	18	9	14	7	4	5
40 bis 44 Jahre	-2	3	0	10	8	9	4	3	3
45 bis 49 Jahre	-1	2	1	10	5	8	-1	3	1
50 bis 54 Jahre	2	2	2	8	8	9	-1	2	1
55 bis 59 Jahre	4	3	3	9	8	9	1	3	2
60 bis 64 Jahre	2	7	4	0	-5	-1	3	3	3
65 bis 69 Jahre	6	12	9	1	0	1	1	5	3
70 bis 74 Jahre	5	10	7	3	0	2	6	10	8
15 bis 74 Jahre	5	5	5	18	12	15	5	9	7

Quellen: Eurostat (Labour Force Survey); Bundesamt für Statistik; eigene Berechnungen.

Lesebeispiel: In der Schweiz ist die Erwerbsquote bei den 15 bis 19 Jahre alten inländischen Frauen um 28 Prozentpunkte höher als in Deutschland.

© DIW Berlin 2017

ten andererseits die Unternehmen dazu zwingen, ihre Produktivität zu erhöhen, um Arbeit effizienter einzusetzen. In dieser Hinsicht gibt es viel Spielraum, denn die Produktivität und die Investitionen haben sich in jüngerer Zeit hierzulande ausgesprochen schwach entwickelt. Ob nun vermehrt qualifizierte Arbeitskräfte zu einer Zuwanderung nach Deutschland bewegt werden oder ob die Unternehmen produktiver und innovativer werden, in beiden Fällen stellt sich in volkswirtschaftlicher Hinsicht ein Gewinn ein. Das verweist darauf, dass die demografische Entwicklung nicht so sehr als Gefahr, sondern vielmehr als Chance gesehen werden sollte. Denn in der gesamten Geschichte war Mangel der Antrieb für Fortschritt.

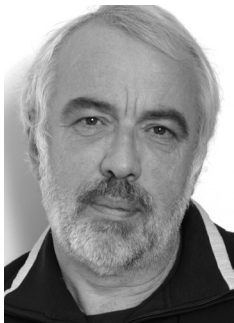
unterliegen allerdings dem Progressionsvorbehalt. Im Kern handelt es sich dabei um einen Lohnbestandteil.

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 33-34-35/2017:

www.diw.de/econbull





Karl Brenke, Wissenschaftlicher Referent
im Vorstand des DIW Berlin

INTERVIEW MIT KARL BRENKE

»In Zukunft Zuwanderung von Qualifizierten erforderlich«

1. Wie viele Menschen im erwerbsfähigen Alter gibt es in Deutschland? Wenn ich die internationale Konvention für das erwerbsfähige Alter nehme, also 15 bis 74 Jahre, dann haben wir 62 Millionen. Diese Zahl ist aufgrund der demografischen Entwicklung geringer geworden. Gleichwohl ist die Zahl der Erwerbspersonen gestiegen. Das hängt damit zusammen, dass immer mehr Personen im erwerbsfähigen Alter auf dem Arbeitsmarkt aktiv sind.
2. Wie stark ist die Erwerbsquote gestiegen? Die Erwerbsquote ist von 65 Prozent im Jahr 2006 auf 69 Prozent heute gestiegen. Das bedeutet, dass 69 Prozent der Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren auf dem Arbeitsmarkt sind. Diese Steigerung hört sich nicht gewaltig an, aber dahinter verbergen sich natürlich große Zahlen. Vier Prozentpunkte bei 60 Millionen; das ist schon etwas.
3. Bei welchen Personengruppen hat die Teilnahme am Arbeitsmarkt besonders stark zugenommen? Zunächst einmal bei Frauen, insbesondere bei Frauen ab 50. Auch bei den älteren Männern hat die Erwerbsquote erheblich zugenommen. Ein erstaunliches Phänomen ist übrigens, dass wir sowohl bei Männern als auch bei Frauen kräftige Zuwächse bei der Erwerbsquote insbesondere bei denjenigen haben, die das gesetzliche Rentenalter eigentlich schon erreicht haben. Das heißt, man arbeitet oftmals weiter, obwohl man eigentlich in Rente gehen könnte.
4. Wird sich diese Entwicklung in Zukunft fortsetzen? Wenn man sich andere Länder zum Beispiel nimmt, kann man schon sagen, dass die Erwerbsbeteiligung wahrscheinlich weiter zunehmen wird. Beispielsweise gibt es in der Schweiz, in mehreren nordischen Ländern und in den Niederlanden eine höhere Erwerbsbeteiligung, und das sind Länder mit einer ähnlichen Wirtschaftsstruktur wie Deutschland.
5. Unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung zwischen Personen mit deutscher und Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft? Keine großen Unterschiede gibt es zwischen den Deutschen und den Ausländern, die aus EU-Ländern stammen. Große Unterschiede gibt es aber zwischen diesen beiden Gruppen und den Ausländern aus Drittstaaten. Hier spielt oftmals eine Rolle, dass Ausländer aus Drittstaaten in Deutschland leben, ohne dass sie eine Arbeitsgenehmigung haben und von daher die Erwerbsbeteiligung gering ist. Wir stellen auch fest, dass es bei der Erwerbsquote von Personen aus Drittstaaten einen riesigen Unterschied zwischen Männern und Frauen gibt. Die Frauen sind sehr viel weniger am Arbeitsmarkt aktiv. Hier ist es offensichtlich noch so, dass vielfach traditionelle Geschlechterrollen im Spiel sind.
6. Wird der demografische Wandel durch die zunehmende Erwerbsneigung ausgeglichen? Bisher haben wir es geschafft, dass der demografische Wandel ausgeglichen wird. Es wird aber in der Zukunft nicht so sein, weil die geburtenstarken Jahrgänge, die sogenannten Baby-boomer, mehr und mehr ans Rentenalter heranrücken. Diese starken Alterskohorten wird man kaum mit einem erhöhten Erwerbsverhalten ersetzen können. Das heißt, man wird reagieren müssen. Eine Reaktion ist natürlich vermehrte Zuwanderung insbesondere von Qualifizierten, denn qualifizierte Personen haben eine relativ hohe Erwerbsquote. Zum anderen muss man dafür sorgen, dass wir die Politik der Vergangenheit nicht weiter fortsetzen. Das heißt, dass wir Humankapital über Frühverrentungsprogramme stilllegen. So etwas sollte man aufgeben; das passt nicht mehr in die Zeit.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/interview

Einkommen, soziale Netzwerke, Lebenszufriedenheit: Lesben, Schwule und Bisexuelle in Deutschland

Von Martin Kroh, Simon Kühne, Christian Kipp und David Richter

Mit der Öffnung der Ehe für alle, die zum Ende der derzeitigen Legislaturperiode eine fraktionsübergreifende parlamentarische Mehrheit fand, schreitet die rechtliche Gleichstellung Homosexueller in Deutschland voran. Dieser Bericht befasst sich mit den Lebenslagen homo- und bisexueller Menschen in Deutschland, die sich zum Beispiel hinsichtlich ausgeübter Berufe von Heterosexuellen unterscheiden. Ein wesentlicher Unterschied besteht auch beim Stundenlohn, der bei homo- und bisexuellen Männern niedriger liegt als bei gleichqualifizierten heterosexuellen Männern in vergleichbaren Berufen. Während kaum Differenzen in Persönlichkeitsstrukturen zu finden sind, scheinen Homo- und Bisexuelle nach eigenen Angaben weniger zufrieden mit ihrem Leben und stärker psychisch belastet. Diese und andere Ergebnisse zeigt eine Analyse auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) am DIW Berlin. Das SOEP ist eine der wenigen bevölkerungsrepräsentativen Befragungen in Deutschland, in der Angaben zur sexuellen Orientierung der StudienteilnehmerInnen erhoben werden. Wünschenswert wäre eine systematische Erweiterung der Sozialberichterstattung um diese Dimension. Differenzen in Lebenslagen könnten so besser dokumentiert und gegebenenfalls Handlungsbedarf – zum Beispiel bei der Bekämpfung von Diskriminierung – besser identifiziert werden.

Zwar stellt die Gleichstellung Homosexueller in Deutschland ein seit langer Zeit viel diskutiertes Thema dar, jedoch sind bevölkerungsrepräsentative Befragungsdaten zu Lesben, Schwulen und Bisexuellen (kurz: LGB, vgl. Kasten 1) eher selten. Dies ist insofern überraschend, als die Charta der Grundrechte der Europäischen Union ein Verbot der Diskriminierung unter anderem entlang sexueller Orientierung vorsieht¹, und EU-Institutionen wiederholt den Mitgliedsstaaten ein Monitoring der

Kasten 1

Zur Abgrenzung von LGB

Menschen, die sich als sexuell dem eigenen Geschlecht zuneigt identifizieren (sexuelle Orientierung), bezeichnen wir im Bericht entsprechend einer gängigen englischen Abkürzung als LGB (Lesbian, Gay, and Bisexual; auf Deutsch lesbisch, schwul und bisexuell). Aufgrund vergleichsweise geringer Fallzahlen homo- und bisexueller Befragter im SOEP – der Bericht beruht auf den Angaben von 459 homo- und bisexuellen und 39.100 heterosexuellen Befragten (ungewichtete Fallzahlen) – unterscheiden wir nicht systematisch innerhalb der Gruppe der LGBs, das heißt zwischen Lesben, Schwulen und Bisexuellen. Vielmehr konzentrieren uns auf den Vergleich zwischen LGBs auf der einen und Heterosexuellen auf der anderen Seite.

Eine zusätzliche Betrachtung der Geschlechtsidentität würde eine weitergehende Differenzierung von LGBTIQ (Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Trans, Inter und Queer) erlauben. Statistisch belastbaren Aussagen entlang sowohl sexueller Orientierung als auch Geschlechtsidentität sind jedoch selbst bei der Fallzahl des SOEP Grenzen gesetzt.

¹ Charta der Grundrechte der Europäischen Union (200) (online verfügbar, abgerufen am 8. August 2017. Dies gilt insofern nicht anders vermerkt für alle anderen Quellen in diesem Bericht).

Kasten 2

Zur Erhebung der sexuellen Orientierung im SOEP

Die Messung der sexuellen Orientierung von Befragten im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), einer jährlichen Wiederholungsbefragung von Privathaushalten in Deutschland¹, erfolgt auf Basis zweier Strategien.

Einerseits werden seit der ersten Erhebung im Jahr 1984 Angaben zur Zusammensetzung der befragten Haushalte betrachtet (Haushaltsfragebogen), die neben individuellen Angaben der Befragten (Personenfragebogen) jährlich aktualisiert werden. Konkret beinhaltet dies das Beziehungsgefüge aller im Haushalt lebenden Personen. So ist es möglich, Verwandtschaftsverhältnisse (zum Beispiel Mutter/Kind) sowie Partnerschaftsverhältnisse (zum Beispiel Ehefrau/Ehemann) zwischen den Mitgliedern eines Haushalts zu erkennen. Informationen über das Geschlecht der Befragten sowie deren Partner im Haushalt erlauben eine Unterscheidung zwischen verschieden- und gleichgeschlechtlichen Paarbeziehungen. Für die Analysen wurden hier die Jahre 2010 bis 2016 betrachtet. Eine Person wird der Gruppe der Lesben, Schwulen und Bisexuellen (LGBs) zugeordnet, wenn sie im Beobachtungszeitraum in einem Jahr eine/einen gleichgeschlechtliche/n PartnerIn aufwies. Personen, die mindestens für zwei Jahre angeben, mit einer/einem verschieden-geschlechtlichen PartnerIn zu leben, und nie mit einer/einem gleichgeschlechtlichen, werden als heterosexuell eingruppiert.²

1 Gert G. Wagner et al. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender); AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2.4 (2008): 301–328.

2 Personen, zu denen nur eine Information zu einer verschieden-geschlechtlichen Partnerschaft vorliegt, können sowohl hetero- als auch bisexuell sein. Aus diesem Grund setzen wir zwei Jahre an Informationen verschieden-geschlechtlicher Partnerschaften voraus, um die Falscheinteilung bisexueller Befragter als heterosexuell zu reduzieren. Auch genügt es nicht, Angaben zu unterschiedlich geschlechtlichen PartnerInnen einer Person als Unterscheidungskriterium zwischen bisexuellen Befragten auf

Der oben beschriebene Ansatz erlaubt keine Aussagen über Personen, die in keiner Partnerschaft leben oder Paare, die nicht zusammen leben („living apart together“). Auch werden bisexuelle Befragte in einer stabilen Partnerschaft mit einer Person des anderen Geschlechts fälschlicherweise nicht als LGB eingruppiert. Nicht zuletzt deshalb wurde im Erhebungsjahr 2016 erstmals eine direkte Frage nach der sexuellen Orientierung in den Fragebogen der SOEP-Kern-Stichproben integriert. Die TeilnehmerInnen wurden gefragt, ob sie sich selbst als heterosexuell, homosexuell (also lesbisch oder schwul), bisexuell, oder als nichts davon betrachten.³

Auch die direkte Frage nach der sexuellen Orientierung ist nicht frei von möglichen Fehlerquellen. Im Jahr 2016 verweigerten knapp 13 Prozent der Befragten eine Antwort auf die entsprechende Frage, entweder durch eine direkte Verweigerung der Antwort, oder durch die Auswahl der Antwort „nichts davon“. Da vermutet werden kann, dass sich insbesondere LGB-Befragte aufgrund befürchteter Ablehnung durch die Interviewer oder als Kritik an der Fragestellung dazu entscheiden, keine Angaben zu machen,⁴ wird für die Berechnung des Anteils von LGBs an der erwachsenen Bevölkerung ein Korrekturfaktor verwendet. Dieser versieht diejenigen mit einem höheren Gewicht, die über typi-

der einen Seite und homosexuellen Befragten auf der anderen Seite zu verwenden, da stabile Beziehungen mit einem/r gleichgeschlechtlichen PartnerIn sowohl auf Bi- als auch Homosexuelle zutreffen können.

3 Die genaue Frageformulierung lautet: „Im Zusammenhang mit der Partnerschaft stellt sich auch die Frage nach der sexuellen Orientierung. Was würden Sie selbst sagen: Sind Sie ...?“ mit den Antwortvorgaben „Heterosexuell (also dem anderen Geschlecht zugeneigt)“, „Homosexuell (schwul oder lesbisch, also dem eigenen Geschlecht zugeneigt)“, „Bisexuell (also beiden Geschlechtern zugeneigt)“, „Nichts davon“ sowie „Keine Angabe/Möchte mich zu diesem Thema nicht äußern“.

4 Zu möglichen Problemen bei sensiblen Themen in Befragungen siehe: Roger Tourangeau und Ting Yan (2007): Sensitive Questions in Surveys. *Psychological Bulletin*, 133 (5), 859–883.

Gleichstellung von LGBs in verschiedenen Lebensbereichen empfehlen.²

Aber scheinbar so triviale Fakten wie die Gesamtzahl der in Deutschland lebenden LGBs basieren bestenfalls auf groben Schätzungen (vgl. Kasten 2). Zwar berichtet das Statistische Bundesamt auf Basis des Mikrozensus, dass 0,46 Prozent der zusammenlebenden Paare in Deutsch-

land das gleiche Geschlecht haben,³ jedoch ist wenig darüber bekannt, wie viele Personen, die ohne Partner leben – immerhin etwa ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung⁴ –, hetero-, bi- oder homosexuell sind.

2 Vgl. zum Beispiel Europäisches Parlament (2014): Entschließung des vom 4. Februar 2014 zu dem EU-Fahrplan zur Bekämpfung von Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität (online verfügbar).

3 Das Statistische Bundesamt berichtet für 2016 95 000 Paare in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften und 20 612 000 Paare in Deutschland insgesamt. Siehe Destatis (2017): Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. (online verfügbar, abgerufen am 24. August 2017); und Destatis (2017): Paare nach Lebensform. (online verfügbar, abgerufen am 24. August 2017).

4 Elle Krack-Roberg et al. (2016): Familie, Lebensformen und Kinder. In: Statistisches Bundesamt (Destatis) und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.): Datenreport 2016. Bundeszentrale für Politische Bildung.

sche Eigenschaften der AntwortweigererInnen verfügen. Dies gilt beispielsweise für ältere Personen, für Personen ohne PartnerIn im Haushalt oder für bestimmte Befragungsmethoden.⁵

Eine weitere mögliche Fehlerquelle sind bewusste Falschangaben, etwa um vermeintlichen gesellschaftlichen Erwartungen zu entsprechen. Die hier vorgestellten Analysen und Schätzungen beziehen sich daher lediglich auf offen-lebende LGBs.

Das Ausmaß von Falschangaben und der damit verbundenen Unterschätzung des Anteils von LGBs variiert dabei aller Wahrscheinlichkeit nach über Altersgruppen (Tabelle). So liegt – nicht unerwartet – der Anteil der 17- bis 29-Jährigen unter LGBs in der SOEP-Stichprobe mit 25 Prozent fast doppelt so hoch wie der entsprechende Anteil unter heterosexuellen Befragten. Ein spiegelbildliches Verhältnis besteht in der Gruppe der über 60-Jährigen (15 Prozent der LGBs und 34 Prozent der Heterosexuellen befinden sich in dieser Altersgruppe). Das Durchschnittsalter von LGBs liegt mit 42 Jahren deutlich unter dem der Heterosexuellen mit 52 Jahren.⁶

Festgestellte Unterschiede in den Lebenslagen heterosexueller und LGB-Befragter könnten schlicht auf die gemessenen Altersunterschiede zurückzuführen sein. Um dennoch Vergleiche zwischen LGBs und heterosexuellen Personen zu ermöglichen, be-

5 Erste Analysen deuten darauf hin, dass Befragte in einer face-to-face Befragungssituation seltener die Angabe zur sexuellen Orientierung verweigern als Befragte, die das Interview selbstständig ausfüllen. Jedoch sinkt im face-to-face Interview die Häufigkeit einer LGB-Identifikation. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Anwesenheit dritter Personen während des Interviews.

6 Während ein biologischer Mechanismus der sexuellen Orientierung sich altersunabhängig darstellen sollte, deuten die Altersunterschiede somit auf einen sozialen Prozess der berichteten Identifizierung mit einer sexuellen Orientierung hin.

dienen wir uns der Methode der „Propensity-Score-Gewichtung“ nach Altersgruppen. Hierbei wird die Sub-Stichprobe heterosexueller Befragter so gewichtet, dass sie in ihrer Altersverteilung der entsprechenden Verteilung der LGB-Substichprobe entspricht. Die so gewichteten Daten erlauben einen Vergleich zwischen LGBs und Heterosexuellen gleichen Alters; nachrichtlich werden in den Tabellen auch die Werte für heterosexuelle Befragte ohne Altersanpassung ausgewiesen.

Zur Einteilung der SOEP-StudienteilnehmerInnen als heterosexuell beziehungsweise bi- und homosexuell nutzen wir sowohl selbstberichtete Angaben zur sexuellen Orientierung als auch Angaben zum Geschlecht aktueller wie auch frühere PartnerInnen.

Tabelle

Geschlecht und Alter
Anteile in Prozent

	Heterosexuell (1)	LGBs (2)	Diff. (1-2)
Frauen	51	53	
Alter (Mittelwert)	51,9	41,6	**
17-29 Jahre	13	25	**
30-44 Jahre	24	33	**
45-59 Jahre	30	27	
60+ Jahre	34	15	**

Signifikanzniveaus: *: $p < 0,05$; **: $p < 0,01$.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel v33.beta; eigene Berechnungen.

Lesebeispiel: Der Anteil der 17- bis 29-Jährigen beträgt bei heterosexuellen Erwachsenen 13 Prozent, unter homo- und bisexuellen Erwachsenen liegt er hingegen bei 25 Prozent.

© DIW Berlin 2017

Diese Forschungslücke versucht das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) am DIW Berlin zu schließen, indem es neben dem Geschlecht zweier Partner eines befragten Haushalts auch freiwillige Angaben zur sexuellen Orientierung der StudienteilnehmerInnen erhebt. Das weite Themenspektrum des SOEP, das von Erwerbsbeteiligung, über soziale Netzwerke, Gesundheit, Wohlbefinden bis hin zu Persönlichkeitsstrukturen reicht, erlaubt es somit, einen Überblick über Verschiedenheit und Gleichheit von hetero- einerseits und bi- beziehungsweise homosexuellen Befragten andererseits in verschiedenen Lebensbereichen nachzuzeichnen.

In Deutschland leben mehr Lesben, Schwule und Bisexuelle, als die amtliche Statistik erfasst

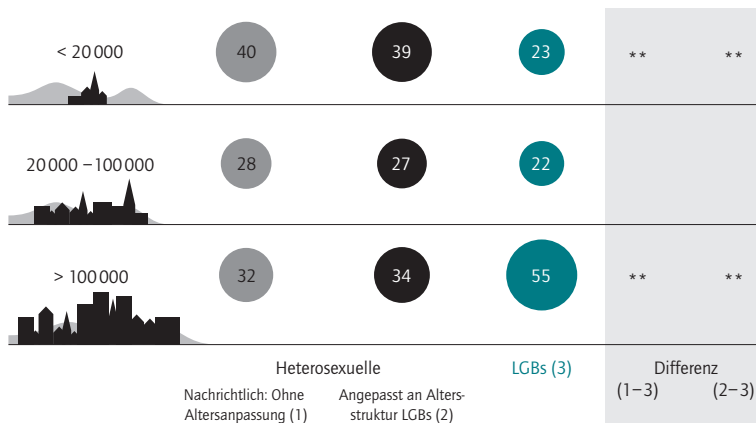
Das statistische Bundesamt weist auf Basis des Mikrozensus 2016, dem aktuellsten veröffentlichten Wert, 95000 gleichgeschlechtliche Paare aus, die gemeinsam in einem Haushalt leben⁵ – ein Anstieg von 53 Prozent innerhalb von zehn Jahren. Bezogen auf alle im Jahr 2015

5 Destatis (2017): 94000 Paare leben in einer gleichgeschlechtlichen Gemeinschaft (online verfügbar).

Abbildung 1

Gemeindegroßenklassen

Anteile in Prozent, nach Einwohnerzahl



Signifikanzniveau: * p<0,05; ** p<0,01.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel v33.beta; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Lesben, Schwule und Bisexuelle leben seltener in kleinen Gemeinden als Heterosexuelle.

in Deutschland zusammenlebenden Paare machen gleichgeschlechtliche Paare jedoch nur 0,46 Prozent aus. Dieser Anteil fällt in anderen westlichen Ländern, in denen vergleichbare Daten veröffentlicht werden, teilweise um das Doppelte höher aus. So berichtet das United States Census Bureau von einem Anteil von einem Prozent gleichgeschlechtlicher Paare, Statistics Canada von 0,9 Prozent und der Wert für Frankreich liegt bei 0,6 Prozent.⁶

Im SOEP liegt die geschätzte Zahl an gleichgeschlechtlichen Paaren in Privathaushalten im Befragungsjahr 2016 bei 0,9 Prozent. Aufgrund des Stichprobenfehlers, der zu Unsicherheit in der Schätzung führt, liegt der Wert zwischen 0,7 Prozent (unterer Schätzwert) und 1,1 Prozent (oberer Schätzwert) aller zusammenlebenden Paare in Deutschland. Werden Partnerschaftsangaben der befrag-

6 Für einen Überblick vgl. Andrea Lengerer (2017): Quality of Official Data on Cohabiting Same-Sex Couples in Germany. Konferenzvortrag bei der siebten Conference of The European Survey Research Association (ESRA), 17.-21. Juli, Lissabon, Portugal; für die USA: Daphne Lofquist et al (2012): Households and Families: 2010. 2010 Census Briefs. C2010BR-14, April 2012, United States Census Bureau; Martin O’Connell und Sarah Feliz (2011): Same-sex couple household statistics from the 2010 census. Social and economic household statistics Division Working Paper, 2011-26. Washington, D.C.: U.S. Census Bureau; zur methodischen Diskussion für die USA vgl. Theresa J. DeMaio, Nancy Bates und Martin O’Connell (2013): Exploring Measurement Error Issues in Reporting of Same-Sex Couples. Public Opinion Quarterly, 77, 145-158; für Kanada: Statistics Canada (2017): Same-sex couples in Canada in 2016. Census in Brief; für Frankreich vgl. Institut National D’études Démographiques (2017): Same-sex couples in the census (online verfügbar).

ten Personen aus früheren Erhebungen des SOEP hinzugezogen, dann steigt der Anteil auf über ein Prozent.

Mit dieser Methode nicht erfasst werden LGBs, die entweder aktuell keine/n PartnerIn haben oder nicht mit dem/r PartnerIn zusammenleben. Zur Erfassung dieser Gruppe sind befragungsbasierte Studien alleine auf freiwillige Selbstauskünfte zur sexuellen Orientierung angewiesen (Kasten 2). Auf Basis dieser schätzen wir, dass etwa 1,9 Prozent der erwachsenen Personen in Deutschland sich als homo- oder bisexuell identifizieren (unterer Schätzwert: 1,6 Prozent, oberer Schätzwert 2,2 Prozent). Unter Personen, die alleine leben, ist dieser Anteil mit 2,8 Prozent deutlich höher als unter Personen, die mit einem/r PartnerIn zusammenleben (1,3 Prozent). Personen bis 45 Jahre identifizieren sich mit 2,8 Prozent häufiger als LGB als Personen über 60 Jahre mit etwas unter ein Prozent.

Im Vereinigten Königreich oder Australien, wo in großen Haushaltsbefragungen ähnlich dem Vorgehen im SOEP Angaben zur sexuellen Orientierung erhoben werden, liegt der geschätzte Anteil der LGBs auf ähnlichem Niveau, jedoch etwas über dem deutschen Wert: Für das Vereinigte Königreich lässt sich der Anteil auf Basis von Daten des Jahres 2012 der UK Household Longitudinal Study (UKHLS) auf 2,3 Prozent schätzen, für Australien auf Basis des „Household, Income and Labour Dynamics in Australia (HILDA) Survey“ auf 2,6 Prozent.⁷

Wichtig ist festzuhalten, dass es sich dabei um Schätzungen der Anzahl der Personen handelt, die offen homosexuell lebt beziehungsweise sich in der Interviewsituation damit identifiziert, nicht jedoch homosexueller Veranlagungen in der Bevölkerung. Diese Zahl dürfte deutlich höher liegen, über den Wert liegen jedoch kaum verlässliche Studien vor.⁸

In Berlin werden die meisten eingetragenen Lebenspartnerschaften gegründet

Mehr als die Hälfte der Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland lebt in Großstädten über 100.000 Ein-

7 Zur Berechnung wurden jeweils die ungewichteten Zahlen an LGBs zur Summe an Befragten ins Verhältnis gesetzt, die sich entweder als LGB oder als Heterosexuell identifizierten. Vgl. Mark Wooden (2014): The Measurement of Sexual Identity in Wave 12 of the HILDA Survey (and associations with mental health and earnings). HILDA Project Discussion Paper Series, No. 1/14. The University of Melbourne. Für einen Überblick vgl. auch Gary J. Gates (2011): How Many People are Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender? The Williams Institute, University of California (online verfügbar).

8 Das Unternehmen Dalia Research schätzt den Anteil von LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual, and Trans)-Personen in Deutschland auf Basis einer vielfach zitierten Internetbefragung auf 7,4 Prozent, weit über allen existierenden Schätzungen. Angaben zu Stichproben- und Messfehlern der Befragung liegen uns nicht vor. Dalia Research (2017): Counting the LGBT Population: 6% of Europeans Identify as LGBT (online verfügbar).

wohnen, bei Heterosexuellen ist es hingegen etwa nur ein Drittel (Abbildung 1). Zu einer verlässlichen Schätzung der Anteile gleichgeschlechtlicher Paare in den deutschen Großstädten reicht die Stichprobengröße des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes zwar nicht aus, jedoch zeigen die Daten der Standesämter zur Gründung eingetragener Lebenspartnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare (Abbildung 2), dass im Jahr 2015 in Berlin mit Abstand die meisten gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften gegründet (834) wurden, gefolgt von Köln (291) und Hamburg (251). In Berlin wurden 5,7 Prozent aller Lebenspartnerschaften und Eheschließungen von gleichgeschlechtlichen LebenspartnerInnen geschlossen. Damit liegt die Hauptstadt hinsichtlich des Anteils gegründeter Lebenspartnerschaften unter den fünf größten deutschen Städten an der Spitze, gefolgt von Köln und Frankfurt/Main mit jeweils fünf Prozent. Schleswig-Holstein und das Saarland sind die Flächenländer mit dem höchsten Anteil neugegründeter eingetragener Lebenspartnerschaften (beide über zwei Prozent).⁹

LGBs leben seltener in Partnerschaften und haben häufiger Unterstützungsnetzwerke außerhalb der Familie

Lesben, Schwule und Bisexuelle leben SOEP-Angaben zufolge seltener in einer Partnerschaft als heterosexuelle Menschen (Abbildung 3). Sowohl der Anteil der Singles als auch der Anteil der Personen, die mit ihrem/r PartnerIn in getrennten Haushalten leben, sind somit unter LGBs höher. Während etwa 70 Prozent aller Personen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften berichten, in einem gemeinsamen Haushalt zu leben, liegt dieser Anteil bei verschiedenen-geschlechtlichen Paaren gleichen Alters um mehr als zehn Prozentpunkte höher.

Zehn Prozent der homo- und bisexuellen Befragten geben an, in einem Haushalt mit einem Kind bis 14 Jahre zu leben. Bei heterosexuellen Befragten im gleichen Altersbereich liegt dieser Anteil bei 27 Prozent.¹⁰ Es handelt sich hierbei nicht notwendigerweise um Eltern/Kinder-Beziehungen.

⁹ Mit 1,8 Prozent an allen Eheschließungen/Lebenspartnerschaftsgründungen des Jahres 2015 liegt der bundesweite Anteil der neugegründeten gleichgeschlechtlichen Partnerschaften somit um das Vierfache höher als der Anteil der gleichgeschlechtlichen Paare an allen Paaren im Mikrozensus 2016 mit 0,46 Prozent. Diese Diskrepanz kann an vielen Gründen liegen, zum Beispiel Altersdifferenzen. Es kann aber auch ein Hinweis auf die Untererfassung gleichgeschlechtlicher Paare in Befragungen sein.

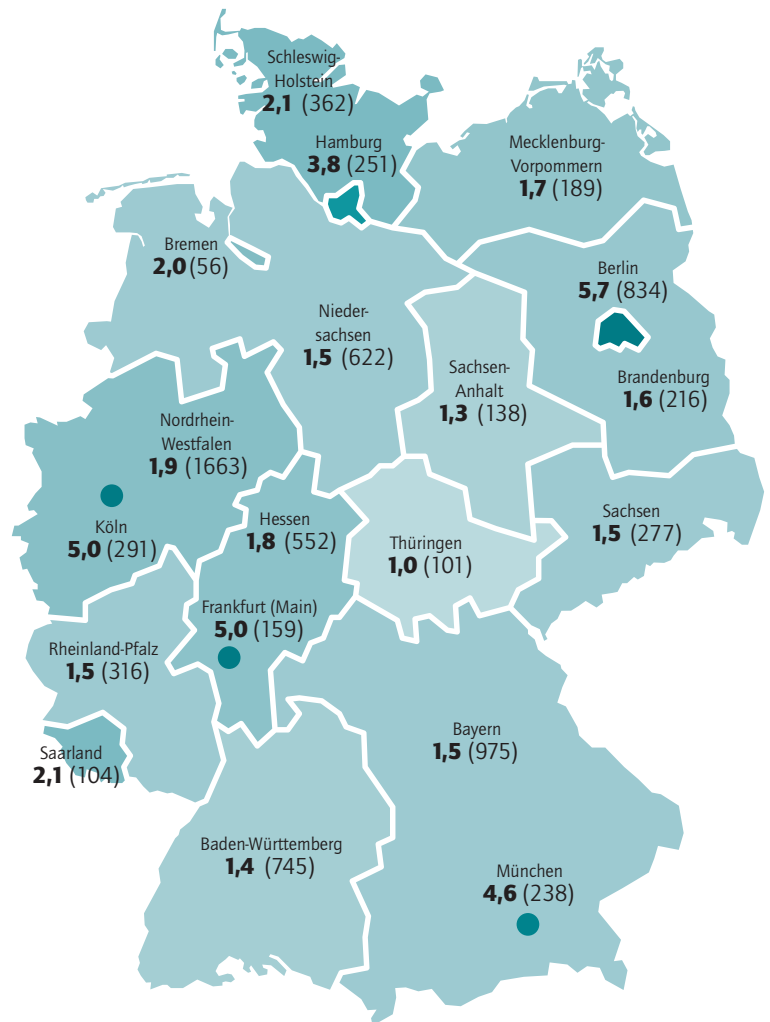
¹⁰ Auf Basis des Mikrozensus 2012 zu zusammenlebenden gleich-beziehungsweise verschieden-geschlechtlichen Paaren fällt diese Differenz höher aus (eigene Berechnungen auf Basis des Scientific Use File), insbesondere da im Mikrozensus der Anteil heterosexueller Paare, die zusammen mit Kindern in einem Haushalt leben, höher ausfällt. Diese Tendenz zeigt sich auch, wenn heterosexuelle Befragte des SOEP auf die Gruppe der in Partnerschaften lebenden Personen beschränkt werden.

Während bei verschieden-geschlechtlichen Paaren, die zusammen leben, 28 Prozent in einem Einverdiener-Haushalt wirtschaften, liegt dieser Anteil bei gleichgeschlechtlichen Paaren mit 18 Prozent deutlich geringer. Entsprechend höher fällt bei gleichgeschlechtlichen Paaren der Anteil der Doppelverdiener-Haushalte aus.

Abbildung 2

Gegründete Lebenspartnerschaften im Jahr 2015

Nach großen Städten und Bundesländern, Anteile in Prozent¹, absolute Zahlen in Klammern



¹ Anteil an der Gesamtzahl an (verschiedengeschlechtlichen) Eheschließungen und gegründeter (gleichgeschlechtlicher) Lebenspartnerschaften.

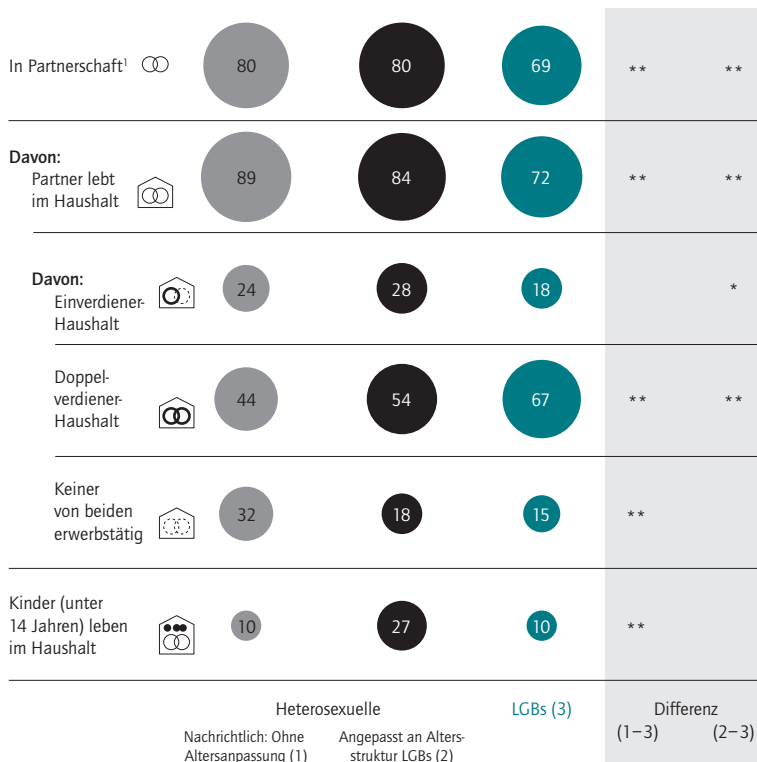
Quellen: Statistisches Bundesamt (online verfügbar); Bayerisches Landesamt für Statistik; Standesamt Köln; Stadt Frankfurt.

In Berlin, Köln und Frankfurt am Main werden unter den deutschen Großstädten anteilig die meisten gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eingetragen.

Abbildung 3

Formen des Zusammenlebens

Anteile in Prozent



Signifikanzniveaus: *: $p < 0,05$; **: $p < 0,01$.

¹ Da wir zur Messung sexueller Orientierung sofern vorhanden auch Partnerschaftsangaben verwenden, überschätzt die Analyse insgesamt die Zahl der Personen in Partnerschaften.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel v33.beta; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

In homo- und bisexuellen Haushalten sind häufiger beide PartnerInnen erwerbstätig als bei Heterosexuellen.

Soziale Unterstützungsnetzwerke

In regelmäßigen Abständen berichten Befragte des SOEP über ihre sozialen Unterstützungsnetzwerke, also Personen „mit denen sie persönliche Gedanken und Gefühle teilen oder über Dinge sprechen, die sie nicht jedem erzählen würden“ oder „wen sie im hypothetischen Fall einer langfristigen Pflegebedürftigkeit, zum Beispiel nach einem schweren Unfall, um Hilfe bitten würden“.

Es findet sich kein statistisch signifikanter Unterschied zwischen LGBs und heterosexuellen Personen in dem grundsätzlichen Vorhandensein eines unterstützten Netzwerkes (Tabelle 1): Nur etwa sechs Prozent der befragten LGBs und etwa vier Prozent der Hetero-

Tabelle 1

Soziale Unterstützungsnetzwerke

Anteile in Prozent

	Heterosexuell		LGBs (3)	Differenz (1-3)	Differenz (2-3)
	Nachrichtlich: Ohne Altersanpassung (1)	Angepasst an Altersstruktur LGBs (2)			
Vertrauenspersonen¹:					
Niemand	4	4	6		
PartnerIn (falls vorhanden) ²	92	91	89		
Familie	68	72	61		**
Freunde und Bekannte	40	46	59	**	**
Unterstützer im Pflegefall¹:					
Niemand	6	5	9		
PartnerIn (falls vorhanden) ²	81	80	82		
Familie	63	67	56	*	**
Freunde und Bekannte	29	28	36		*
Anzahl enger Freunde	4,1	4,2	4,3		

¹ Erhoben wurden die Unterstützungsnetzwerke mittels folgender Formulierungen: „Auf dieser Liste stehen Personen, die für Sie in irgendeiner Weise bedeutsam sein können. Wie ist es bei Ihnen, wenn es um folgende Dinge geht?“, „Mit wem teilen Sie persönliche Gedanken und Gefühle oder sprechen über Dinge, die Sie nicht jedem erzählen würden?“; „Nur einmal hypothetisch gefragt: Wie wäre es bei einer langfristigen Pflegebedürftigkeit, z. B. nach einem schweren Unfall: Wen würden Sie um Hilfe bitten?“. Die Befragten können bei jeder Frage bis zu 5 Personen nennen. ² nur Befragte einbezogen, die angeben, in einer Partnerschaft zu leben.

Signifikanzniveaus: *: $p < 0,05$; **: $p < 0,01$.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel v33.beta; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

sexuellen berichten, keine Vertrauensperson zu haben, mit der sie persönliche Gedanken und Gefühle teilen. Neun beziehungsweise fünf Prozent geben an, im Fall einer Pflegebedürftigkeit niemanden um Hilfe bitten zu können. Auch sehen sowohl homo- und bi- als auch heterosexuelle Befragte in dem/der PartnerIn eine wichtige Unterstützung: Etwa 90 Prozent teilen persönliche Gedanken und Gefühle in der Partnerschaft und etwa 80 Prozent würden im Fall einer Pflegebedürftigkeit den/die PartnerIn um Hilfe bitten.

Statistisch signifikante Unterschiede zwischen LGBs und heterosexuellen Personen finden sich hinsichtlich der Bedeutung von Familie auf der einen und von Freunden und Bekannten auf der anderen Seite. Der Anteil homo- und bisexueller Befragter, die Familienmitglieder (Eltern,

Tabelle 2

Bildung und Beruf

Anteile in Prozent

	Heterosexuell		LGBs (3)	Differenz (1-3)	Differenz (2-3)
	Nachrichtlich: Ohne Alters- anpassung (1)	Angepasst an Altersstruktur LGBs (2)			
<i>Bildung</i>					
(Fach-)Hochschulabschluss	21	21	26		
(Fach-)Hochschulreife	10	15	21	**	*
Mittlere Reife/Hauptschule mit beruflicher Ausbildung	50	43	32	**	**
Mittlere Reife/Hauptschule ohne berufliche Ausbildung	14	14	16		
Kein Abschluss/in Ausbildung	4	8	6		
<i>Erwerbstätigkeit</i>					
Nichterwerbspersonen (z. B. Rente, in Ausbildung)	34	22	18	**	
Arbeitslose	6	6	9		
Stellung im Beruf (unter Erwerbstätigen)					
ArbeiterInnen	25	23	11	**	**
Angestellte	58	61	78	**	**
Selbständige	10	9	9		
Beamte	7	6	2	**	**
<i>Branchen</i>					
Rohstoffgewinnung, Produktion und Fertigung	18	17	11	*	
Bau, Architektur, Vermessung und Gebäudetechnik	6	5	6		
Naturwissenschaft, Geografie und Informatik	5	5	3	*	
Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit	14	13	8	*	
Kaufmänn. Dienstleist., Warenhandel, Vertrieb, Hotel und Tourismus	13	15	13		
Unternehmensorg., Buchh., Recht und Verw.	18	18	21		
Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung	21	23	27		
Geistes- und Sozialwissensch., Medien, Kunst und Kultur	3	4	8		
Sonstiges	1	1	2		

Signifikanzniveaus: *: $p < 0,05$; **: $p < 0,01$.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel v33.beta; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Geschwister, Kinder und sonstige Verwandte) als Vertrauensperson nennen (61 Prozent) oder im Fall einer Pflegebedürftigkeit um Hilfe bitten würden (56 Prozent) liegt jeweils etwa zehn Prozentpunkte niedriger als bei heterosexuellen Befragten gleichen Alters (72 Prozent beziehungsweise 67 Prozent). Gleichzeitig liegt der Anteil der Personen, die Freunde und Bekannte zu ihrem Unterstützungsnetzwerk zählen, unter LGBs um zehn Prozentpunkte höher als bei heterosexuellen Befragten (59 gegenüber 46 Prozent nennen Freunde und Bekannte als Vertrauenspersonen und 36 gegenüber 28 Prozent würden bei Freunden Hilfe im Fall von Pflegebedürftigkeit suchen).¹¹

¹¹ Karsten Hank und Veronika Salzburger (2015): Gay and Lesbian Adults' Relationship With Parents in Germany. *Journal of Marriage and Family* (77)

LGBs üben andere Berufe aus und verdienen weniger

Bildung, Erwerbstätigkeit und Stellung im Beruf

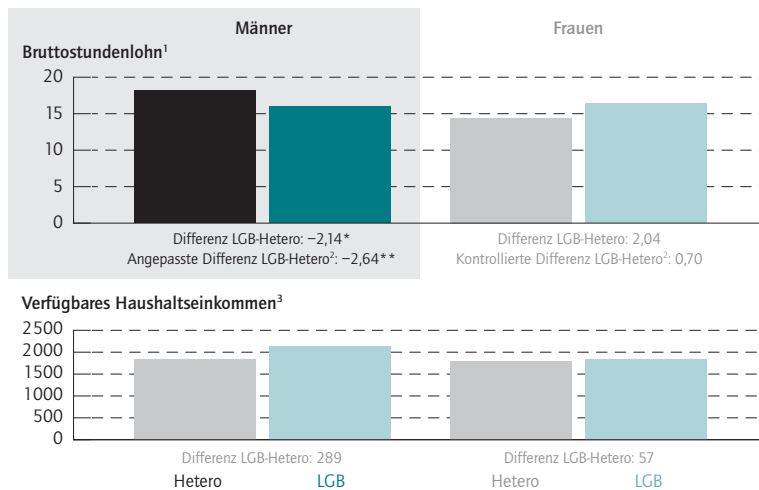
Befragte des SOEP, die sich als Lesben, Schwule oder Bisexuelle identifizieren, haben im Schnitt eine etwas höhere Schulbildung als heterosexuelle Befragte, nämlich häufiger (Fach-)Abitur im Vergleich zu mittlerer Reife oder Hauptschule (Tabelle 2). 47 Prozent der LGBs berichten von einer (Fach-)Hochschulreife oder einem

finden zwar auf Basis der pairfam Daten, dass sich die Bindung zwischen hetero- und homosexuellen Kindern und ihren Eltern nicht nachhaltig unterscheidet, aber andere Beobachtungen legen nahe, dass die Offenbarung der Homosexualität die Beziehungen innerhalb der Familien oft beeinträchtigen kann.

Abbildung 4

Sexuality Pay Gap in Bruttostundenlöhnen

Werte in Euro



¹ Bruttostundenlohn berechnet auf Grundlage der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden laut Befragten

² Unter Kontrolle von Alter, Stellung im Beruf, Branche, Vollzeit-/Teilzeit, Vollzeit-/Teilzeit-Erfahrung und Qualifikation

³ Die Summe der Netto-Monatseinkommen eines Haushalts gewichtet mit der Anzahl und Struktur der Haushaltszusammensetzung (neue OECD Skala)

Signifikanzniveaus: *: $p < 0,05$; **: $p < 0,01$.

Anmerkung: Der graue Hintergrund signalisiert statistisch signifikante Ergebnisse.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel v33.beta; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Homo- und bisexuelle Männer verdienen im Schnitt weniger als heterosexuelle.

Abschluss gegenüber 36 Prozent bei Heterosexuellen. Zwar sind diese Differenzen mit statistischer Unsicherheit verbunden, sie scheinen dennoch aussagekräftig, da sich auch im Mikrozensus 2012 in eigenen Analysen ähnliche Muster zeigen. Auffällig ist weiterhin der geringere Anteil an LSBTQ+ mit einer beruflichen Ausbildung, die auf einer mittleren Reife oder einem Hauptschulabschluss aufbaut.

Gegenüber heterosexuellen Erwerbstätigen sind Homo- und Bisexuelle seltener als Arbeiterinnen und Arbeiter (elf gegenüber 23 Prozent) und dafür häufiger als Angestellte beschäftigt (78 Prozent gegenüber 61 Prozent bei Heterosexuellen). Auch fällt der Anteil der Beamten unter Homo- und Bisexuellen mit zwei Prozent (bei Heterosexuellen: sechs Prozent) besonders gering aus. Nach Branchen betrachtet geben vergleichsweise wenige LSBTQ+ an, im produzierenden Gewerbe oder im Bereich

Verkehr, Logistik, Schutz und Sicherheit beschäftigt zu sein.¹²

„Sexuality Pay Gap“ bei Männern

Homo- und Bisexuelle wurden auch mit Heterosexuellen hinsichtlich ihrer Brutto-Stundenlöhne (gemessen an den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden¹³) verglichen (Abbildung 4). Auffällig ist der deutlich höhere Stundenlohn heterosexueller Männer (mittlerer Stundenlohn von 18,14 Euro) gegenüber sowohl heterosexuellen Frauen (14,40 Euro), homosexuellen Frauen (16,44 Euro) als auch homosexuellen Männern (16 Euro). Diese Differenzen bleiben auch bei statistischer Berücksichtigung von Unterschieden in Qualifikationen, Stellung im Beruf, Berufserfahrung, Arbeitszeitmodellen und Branchen bestehen. Die Differenz bei Männern steigt sogar auf 2,64 Euro, wenn die höhere Schulbildung homo- und bisexueller Befragter berücksichtigt wird. Stundenlöhne homosexueller Frauen unterscheiden sich in statistisch signifikanter Weise weder von den Stundenlöhnen homosexueller Männer noch heterosexueller Frauen.

Neben dem vielfach dokumentierten „Gender Pay Gap“¹⁴, also einer Benachteiligung von Frauen bei Löhnen, zeigen die Daten somit auch einen „Sexuality Pay Gap“, der in bedeutsamen Umfang homo- und bisexuelle Männer betrifft. Dieser „Sexuality Pay Gap“ für Deutschland deckt sich mit ähnlichen Befunden zu anderen westlichen Ländern.¹⁵

Da es unter Lesben, Schwulen und Bisexuellen mehr Doppelverdiener-Haushalte gibt und die Haushalte im Durchschnitt kleiner sind als bei Heterosexuellen, bedeu-

¹² Zwar ist aufgrund geringer Fallzahlen der Stichprobenfehler recht hoch, jedoch finden wir in eigenen Analysen des Scientific Use File des Mikrozensus 2012 ähnliche Differenzen nach Branchen.

¹³ Werden vereinbarte statt tatsächliche Arbeitszeiten zur Berechnung der Stundenlöhne im SOEP zu Grunde gelegt, dann finden sich ebenfalls geringere Stundenlöhne homo- und bisexueller Männer, die Differenz zu heterosexuellen Männern fällt jedoch im Niveau geringer aus. Die geleisteten Arbeitsstunden homo- und bisexueller Männer liegen im Mittel deutlicher über den vereinbarten Arbeitszeiten, als dies auf heterosexuelle Männer zutrifft.

¹⁴ Siehe Definition des Gender Pay Gap im DIW-Glossar (online verfügbar). Zu Studien vgl. Anne Busch und Elke Holst (2008): Verdienstdifferenzen zwischen Frauen und Männern nur teilweise durch Strukturmerkmale zu erklären. DIW Wochenbericht Nr. 15, 184-190; Claudia Gather und Elke Holst (2015): Gender Income Gap bei Führungskräften und Selbständigen. spw. Heft 209. Ausgabe 4, 37-44; Elke Holst und Anne Busch (2008): The Gender Pay Gap in Germany: How Large Is It? Is It Decreasing? How Much Is Due to Workplace Discrimination? In: Bruce Headey, Elke Holst (Hrsg.): A Quarter Century of Change. Berlin, 81-86.

¹⁵ Mariëka Klawitter (2015): Meta-Analysis of the Effects of Sexual Orientation on Earnings. Industrial Relations, 54 (1), 4-32; Doris Weichselbaumer (2003): Sexual Orientation Discrimination in Hiring. Labour Economics, 10 (6), 629-642; Ali M. Ahmed, Lina Andersson und Mats Hammarstedt (2013): Are Gay Men and Lesbians Discriminated against in the Hiring Process? Southern Economic Journal, 79 (3), 565-585.

ten diese Lohndifferenzen zunächst keinen Nachteil beim verfügbaren Haushaltseinkommen.

LGBs sind mit ihrem Leben weniger zufrieden und berichten häufiger von depressiven Erkrankungen

Bisherige Forschung hat ein geringeres Wohlbefinden und ein höheres Risiko für psychische Probleme bei LGBs festgestellt.¹⁶ Als ein Grund wird angenommen, dass LGBs aufgrund ihrer sexuellen Orientierung stigmatisiert und diskriminiert werden und dadurch chronischem Stress ausgesetzt sind. Dagegen findet sich ein positiver Zusammenhang mit dem Ausmaß an „outness“, das heißt der Übereinstimmung zwischen dem tatsächlichen, homosexuellen Selbstbild und dem nach außen, der Gesellschaft, präsentem Bild.¹⁷

Als Maß der psychischen Gesundheit wird vom SOEP ein Wert bereitgestellt, der sich als gewichtete Kombination aus den Antworten auf fünf einzelner Fragen ergibt, zum Beispiel „Wie oft kam es in den letzten vier Wochen vor, dass Sie sich niedergeschlagen und trübsinnig fühlten?“ oder „[...] dass Sie wegen seelischer oder emotionaler Probleme in Ihrer Arbeit oder Ihren alltäglichen Beschäftigungen weniger geschafft haben als Sie eigentlich wollten?“. Dabei ist die Skala so normiert worden, dass der Mittelwert 50 Punkte beträgt und dass etwa 68 Prozent der Befragten zwischen 40 und 60 Punkten erreichen.¹⁸ Darüber hinaus wird im SOEP alle zwei Jahre abgefragt, ob bei den Befragten jemals eine depressive Erkrankung festgestellt wurde.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit wird im SOEP über die Frage: „Wie zufrieden sind sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“ erfragt. Die Antworten werden anhand einer Skala gegeben, die von null für „ganz und gar unzufrieden“ bis zehn für „ganz und gar zufrieden“ reicht. Die Abfrage der Lebenszufriedenheit in den verschiedenen Lebensbereichen wie Erwerbsleben, Wohnsituation oder Familienleben findet anhand derselben Skala von null bis zehn statt.

Die internationale Befunde¹⁹ zu einem geringeren Wohlbefinden unter LGBs lassen sich auf Basis des SOEP für

¹⁶ Ilan H. Meyer (2013). Prejudice, social stress, and mental health in lesbian, gay, and bisexual populations: Conceptual issues and research evidence. *Psychology of Sexual Orientation and Gender Diversity*, 1, 3–26.

¹⁷ Laura A. King und Nathan Grant Smith (2004): Gay and Straight Possible Selves: Goals, Identity, Subjective Well-Being, and Personality Development. *Journal of Personality*, 72, 967–994.

¹⁸ Hanfried H. Andersen et al. (2007): Computation of Standard Values for Physical and Mental Health Scale Scores Using the SOEP Version of SF-12v2. *Schmollers Jahrbuch*, 127 (1), 171–182.

¹⁹ Auch in der niederländischen Netherlands Kinship Panel Study (NKPS) berichten 180 Befragte in gleichgeschlechtlichen Beziehungen weniger Lebens-

Tabelle 3

Gesundheit und Zufriedenheit

Durchschnittswerte der Gruppen

	Heterosexuell		LGBs (3)	Differenz (1-3)	Differenz (2-3)
	Nachrichtlich: Ohne Altersanpassung (1)	Angepasst an Altersstruktur LGBs (2)			
Körperliche Gesundheit (PCS) ¹	48,2	51,1	51,4	**	
Psychische Gesundheit (MCS) ¹	50,0	49,7	48,0	*	
Lebenszufriedenheit	7,2	7,4	7,0		*
Depressive Erkrankung	9,5	10,5	19,6	**	**
<i>Zufriedenheit in verschiedenen Bereichen²:</i>					
Partnerschaft	8,0	8,1	8,0		
Arbeit	6,9	7,1	6,8		
Haushaltseinkommen	6,8	6,7	6,3	*	*
persönliches Einkommen	6,3	6,2	5,9	*	
Lebensstandard	7,5	7,5	7,2		
Familienleben	7,9	7,9	7,2	**	**
Gesundheit	6,5	6,9	6,4		**

¹ Zusammengesetzter Indikator nach SF12. Skala so normiert, dass der Mittelwert 50 beträgt und circa 68 Prozent der Fälle zwischen 40 und 60 liegen.

² Skala von 0 bis 10. Zur Formulierung vgl. Haupttext.

Signifikanzniveaus: *: $p < 0,05$; **: $p < 0,01$.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel v33.beta; eigene Berechnungen.

Deutschland tendenziell bestätigen (Tabelle 3): LGBs geben eine etwas geringere allgemeine Lebenszufriedenheit an (7,0 gegenüber 7,4). Schwule und bisexuelle Männer berichten darüber hinaus über eine höhere psychische Belastung als heterosexuelle Männer (nicht in Form einer Tabelle nach Geschlechtern differenziert dargestellt). Weiter berichten LGBs doppelt so oft wie heterosexuelle Befragte, dass bei ihnen schon einmal eine depressive Erkrankung diagnostiziert wurde (LGBs: 20 Prozent, Heterosexuelle: 10 Prozent).²⁰

zufriedenheit als die 9868 Befragten in „mixed-sex“ Beziehungen (Samantha L. Tornello, Katya Ivanova und H. M. W. Bos (2017): Same-Sex and Mixed-Sex Couples in the Netherlands: The Association Between Life Satisfaction and Relationship Dynamics. *Journal of Family Issues*).

²⁰ Dieser Unterschied in der Prävalenzrate findet sich in annähernd gleicher Höhe für Männer (LGBs: 13,5 Prozent, heterosexuelle Befragte: 7,2 Prozent) und Frauen (LGBs: 25,0 Prozent, heterosexuelle Befragte: 11,6 Prozent). Die berichteten Werte zur Lebenszeitprävalenz von depressiven Erkrankungen auf Basis des SOEP entsprechen ungefähr den Häufigkeiten, die in der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS) des Gesundheitsmonitorings des Robert Koch-Instituts (RKI) beobachtet wurden. Hier wird für Männer eine Lebenszeitprävalenz von 7,8 Prozent und für Frauen eine Lebenszeitprävalenz von 15,4 Prozent berichtet. Vgl. M. A. Busch et al. (2013): Prävalenz von depressiver Symptomatik und diagnostizierter Depression bei Erwachsenen in Deutschland. *Bundesgesundheitsblatt*, 56, 733–739.

Tabelle 4

Persönlichkeit

Durchschnittswerte der Gruppen

	Männer					Frauen				
	Heterosexuell		LGBs (3)	Differenz (1-3)	Differenz (2-3)	Heterosexuell		LGBs (3)	Differenz (1-3)	Differenz (2-3)
	Nachrichtlich: Ohne Altersanpassung (1)	Angepasst an Altersstruktur LGBs (2)				Nachrichtlich: Ohne Altersanpassung (1)	Angepasst an Altersstruktur LGBs (2)			
„Big Five“ ¹ :										
Offenheit	4,4	4,5	5,0	**	**	4,6	4,6	4,8		
Emotionale Stabilität	3,9	4,0	3,7	**	**	3,7	3,7	3,7		
Extraversion	4,8	4,8	4,8			5,0	5,0	4,9		
Verträglichkeit	4,8	4,8	4,8			4,7	4,8	4,7		
Gewissenhaftigkeit	4,8	4,9	5,0			4,8	4,8	4,9		

¹ Die Fragen wurden eingeleitet mit der Formulierung: „Hier sind unterschiedliche Eigenschaften, die eine Person haben kann. Wahrscheinlich werden einige Eigenschaften auf Sie persönlich voll zutreffen und andere überhaupt nicht. Bei wieder anderen sind Sie vielleicht unentschieden.“ Dann wurden Persönlichkeitsmerkmale beschrieben: „Ich bin jemand, der gründlich arbeitet“, „... leicht nervös wird“ usw. Die Zustimmung der Befragten zu den Aussagen wurde auf einer Skala von 1 bis 7 erfasst.

Signifikanzniveaus: * : $p < 0,05$; ** : $p < 0,01$.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel v33.beta; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

LGBs sind weniger zufrieden mit ihrer Gesundheit, aber auch ihrem Familienleben als Heterosexuelle, ein Befund der sich mit zuvor berichteten Befunden deckt.

Unterschiede in der selbstberichteten körperlichen Gesundheit finden sich hingegen nicht.

Kaum Unterschiede in der Persönlichkeitsstruktur

Die Persönlichkeit eines Menschen wird in der psychologischen Forschung oftmals über eine Fünf-Faktoren-Struktur abgebildet, die sogenannten „Big Five“, die aus den Dimensionen Offenheit, Gewissenhaftigkeit, Extraversion, soziale Verträglichkeit und emotionale Stabilität besteht.

In den bisherigen wissenschaftlichen Studien zur Persönlichkeit von LGBs beziehungsweise Heterosexuellen finden sich bislang kaum Hinweise auf Unterschiede.²¹

Auch bei Männern in Deutschland treten laut SOEP-Daten bei nur zwei der fünf Dimensionen der Big Five

Unterschiede zum Vorschein Tabelle 4: Schwule und bisexuelle Männer berichten eine etwas geringere emotionale Stabilität als heterosexuelle Männer (3,7 gegenüber 4,0), ein Befund, der sich mit der höheren psychischen Belastung deckt, sowie eine etwas höhere Offenheit für Erfahrungen als heterosexuelle Männer und Frauen (5,0 gegenüber 4,5 beziehungsweise 4,6). Der Unterschied in der Offenheit könnte auch durch das Vorgehen der SOEP-Befragung entstanden sein: Möglicherweise geben überdurchschnittlich offene Männer in der Befragung eher Auskunft über eine gleichgeschlechtliche sexuelle Orientierung.

Bezüglich der Dimensionen Gewissenhaftigkeit, Extraversion und Verträglichkeit finden sich für Männer keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Bei Frauen findet die Studie überhaupt keine Persönlichkeitsunterschiede: Lesben und bisexuelle Frauen auf der einen Seite und heterosexuelle Frauen auf der anderen Seite berichten bei allen fünf Dimensionen der Big Five ähnliche Werte.

²¹ Eine national repräsentative neuseeländische Studie findet lediglich bei zwei der fünf Dimensionen der Big-Five-Unterschiede zwischen homosexuellen und heterosexuellen Männern und nur bei einer der fünf Dimensionen Unterschiede zwischen homosexuellen und heterosexuellen Frauen. Vgl. Lara M. Greaves et al. (2017): Personality across sexual identity and gender in a national probability sample in New Zealand. Sex Roles, 1-10.

Politische Einstellungen: Hohe Unterstützung von B90/Die Grünen und die Linke unter LGBs

LGBs sind etwas häufiger an Politik interessiert und nennen im Untersuchungszeitraum signifikant häufiger eine langfristige Parteibindung als heterosexuelle Befragte (68 Prozent gegenüber 56 Prozent), und diese ist, möglicherweise aufgrund verschiedener Lebenslagen und unterschiedlicher Angebote der Parteien, anders verteilt als bei Heterosexuellen (Tabelle 5): die LGBs mit langfristiger Parteibindung unterstützen deutlich seltener die Union (21 gegenüber 35 Prozent der Personen mit langfristiger Parteibindung) und dafür häufiger Bündnis 90/Die Grünen (27 gegenüber 16 Prozent) sowie die Linke (13 gegenüber sieben Prozent).

Fazit: Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität sollten Gegenstand von sozialer Berichterstattung sein

SOEP-Daten zeigen, dass Homo- und Bisexuelle sich entgegen landläufiger Stereotype in ihren Persönlichkeiten kaum von Heterosexuellen unterscheiden. Die Lebenslagen beider Gruppen sind jedoch teilweise unterschiedlich: Gegenüber Heterosexuellen üben LGBs andere Beruf aus, sie verdienen weniger, leben häufiger allein und zählen weniger auf ihre Verwandte – dafür umso mehr auf ihre Freunde. Die hier präsentierte Studie liefert aber nur erste Erkenntnisse, die Ausgangspunkt für vertiefende Analysen sein können.

Aus sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive wäre es wünschenswert, die Sozialberichterstattung in Deutschland um die Dimension der sexuellen Orientierung der Befragten zu erweitern, wie das zum Beispiel in den USA der Fall ist. Dadurch können Differenzen in Lebenslagen besser dokumentiert und gegebenenfalls Handlungsbedarf – zum Beispiel bei der Bekämpfung von Diskriminierung – besser identifiziert werden. So empfiehlt auch der Europarat seinen Mitgliedstaaten „relevante Daten zu sammeln und auszuwerten, um jede direkte oder indirekte Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität zu überwachen und zu beheben.“²² Ähnlich fordern die EU-Institutionen wiederholt im Kontext eines Fahrplans zur „Bekämpfung von Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität“ die EU-Mitgliedsstaaten dazu auf „regelmäßig relevante und vergleichbare Daten zu der Situation von LGBTI-Personen in der EU zu erheben“.²³

²² Europarat (2010): Empfehlung des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität (online verfügbar).

²³ Europäisches Parlament (2014): a. a. O.

Tabelle 5

Politische Einstellungen

Anteile in Prozent

	Heterosexuell		LGBs (3)	Differenz (1-3)	Differenz (2-3)
	Nachrichtlich: Ohne Altersanpassung (1)	Angepasst an Altersstruktur LGBs (2)			
Politisches Interesse ¹	39	35	44		*
Langfristige Parteibindung ²	62	56	68		**
davon ³ :					
SPD	31	29	25		
CDU/CSU	38	35	21	**	**
FDP	3	3	3		
B90/Die Grünen	13	16	27	**	**
Die Linke	7	7	13	*	*
Rep./DVU/NPD	1	1	3		
AfD	3	4	4		
Sonstige	3	4	5		

¹ Das politische Interesse wurde mittels folgender Formulierung abgefragt: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ Die vier Antwortkategorien reichen von „überhaupt nicht“ bis „sehr stark“. Für die Tabelle wurden die beiden niedrigeren Kategorien zu „nein“ und die beiden höheren Kategorien zu „ja“ zusammengefasst.

² Zur Messung von Parteibindungen wurde folgende Formulierung im Fragebogen verwendet: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist es bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“

³ Anteil an Befragten mit Parteibindung (summiert sich zu 100).

Signifikanzniveaus: *: $p < 0,05$; **: $p < 0,01$.

Quelle: Sozio-oekonomisches Panel v33.beta; eigene Berechnungen.

Eine Umsetzung dieser Maßnahmen, zum Beispiel durch die Erweiterung der bestehenden Sozialberichterstattung der Bundesregierung um die Merkmale sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität, erfordert jedoch eine Ausweitung der existierenden empirischen Datenbasis für Deutschland. Hierzu wäre beispielsweise eine Ergänzung der vorhandenen bundesweiten Längsschnittbefragungen wie dem SOEP um spezielle Stichproben nötig, mit dem entsprechenden Auswahl- und Hochrechnungsrahmen.

Politisch ergibt sich aus den hier präsentierten Befunden, insbesondere aus den berichteten Lohndifferenzen, die sich nicht aus unterschiedlichen Qualifikationen, Erfahrungen, Branchen oder Arbeitszeitmodellen erklären lassen, Handlungsbedarf für mehr Gleichstellung zwischen LGBs und Heterosexuellen.

Zwar lässt sich aus der geringeren Häufigkeit von Berufsausbildungen oder den festgestellten Lohndiffe-

renzen nicht ohne weiteres Diskriminierung von LGBs am Arbeitsmarkt ableiten, jedoch ist diese Lohn Differenz erklärungsbedürftig, insbesondere da sie nicht auf Unterschiede in Qualifikationen oder Berufserfahrung zurückgeführt werden kann. In dem Maße, in dem es

sich tatsächlich um eine Benachteiligung von LGBs handelt, müssen sich neben den rechtlichen Möglichkeiten gegen diskriminierende Einstellungs- und Lohnpolitik vorzugehen, auch die Kultur in Betrieben dahingehend verbessern, dass Vielfalt stärkere Wertschätzung erhält.

Martin Kroh ist stellvertretender Leiter im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) am DIW Berlin und Professor für Sozialwissenschaftliche Methoden an der Humboldt-Universität zu Berlin | mkroh@diw.de

Simon Kühne ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) am DIW Berlin | skuehne@diw.de

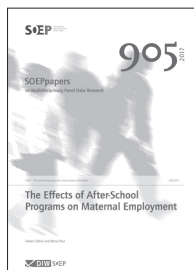
Christian Kipp ist studentischer Mitarbeiter der Humboldt-Universität zu Berlin | ckipp@diw.de

David Richter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) am DIW Berlin | drichter@diw.de

JEL: J7, J15, J16

Keywords: Sexual orientation, LGB, partnerships, social support networks, education, labor market, earnings, satisfaction, health, personality, political attitudes

SOEP Papers Nr. 905
2017 | Fabian Dehos, Marie Paul



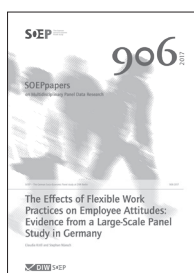
The Effects of After-School Programs on Maternal Employment

This paper evaluates the impact of a massive expansion of after-school programs (ASPs) on the labor market participation of mothers with primary school children in the West German context of relatively low full-time employment rates. Using an instrumental variables approach we exploit regional and temporal variation in the provision of federal ASP starting grants by a nationwide investment program. Results suggest that additional ASP places had no effect on working hours or the employment probability of mothers with primary school children.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 906
2017 | Claudia Kröll, Stephan Nüesch



The Effects of Flexible Work Practices on Employee Attitudes: Evidence from a Large-Scale Panel Study in Germany

We explore the effects of flexible work practices (FWPs) on the work attitudes (job satisfaction and turnover intention) and non-work attitudes (leisure satisfaction and perceived health) of employees based on representative large-scale German panel data. Because unobserved individual characteristics can easily act as confounders, we estimate both pooled OLS models and individual fixed-effects models. Controlling for time-constant individual heterogeneity, we find that the three considered FWPs—flexitime, sabbaticals and working from home—significantly increase job satisfaction and that sabbaticals and working from home (but not flexitime) significantly decrease turnover intention. In addition, sabbaticals but not flexitime or working from home significantly increase leisure satisfaction. The effects of FWPs on health are mostly weak and statistically insignificant. Models that do not control for such individual heterogeneity either underestimate the positive effects of FWPs or find detrimental effects. Our findings indicate that organizations in Germany can increase job satisfaction and decrease employee turnover intention by offering FWPs.

www.diw.de/publikationen/soeppapers





Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Dieselprämie – Neuaufgabe eines Betrugs

Die sogenannte Umweltprämie der Autohersteller wäre ein guter Witz, wenn sie nicht ernst wäre. Da hat man den Kunden jahrelang vorgegaukelt, sie würden ein umweltschonendes Fahrzeug kaufen – und jetzt, wo herauskommt, dass das deutsche Öko-Wunder Clean Diesel nichts als Betrug war, wird den Leuten zum Supersonderpreis das allerneueste Wunder verkauft: Clean Diesel reloaded.

Doch nicht nur die alten, sondern auch neue Fahrzeuge überschritten die zugelassenen Stickoxidgrenzwerte zum Teil um das Sechsfache, wie das Umweltbundesamt kürzlich nochmals festgestellt hat. Software-Updates, die Emissionen angeblich um 25 Prozent reduzieren, werden also nicht ausreichen. 6-mal zu hoch ist auch um 25 Prozent reduziert noch 4,5-mal zu hoch. Das offenbar in Windeseile beim Dieseltipp mit der Politik abgestimmte Angebot der Autohersteller ist also keineswegs fair oder gar großzügig. Es ist die Neuaufgabe desselben Denkens, Handelns und, ja, desselben Betrugs, der zum Dieseltipp geführt hat.

Hier wurde nicht ein bisschen geschummelt – hier wurden systematisch und mutwillig Gesetze umgangen, Kontrollinstanzen betrogen und verantwortliche Politiker in gesetzgebenden Instanzen durch Schmeicheleien, Fehlinformationen und beeinflussende Angebote manipuliert. Genau 15 089 392 deutsche Autobesitzer haben sich für einen Diesel entschieden. Sie sind die Betrogenen.

Wenn nur jeder Hundertste von ihnen sich aus Umweltbewusstsein für den Clean Diesel entschieden hat, dürften demnächst Großdemos vor dem Umwelt- und Verbraucherministerium gegen den dreisten und bislang ungeahndeten Etikettenschwindel der Autobranche stattfinden. Die anderen 14,8 Millionen, die sich wegen des langfristigen Kostenvorteils für einen Diesel entschieden haben, dürften derweil ihre Messer wetzen. Nicht nur, weil ihnen Fahrverbote drohen. Jetzt müssen die Sparfüchse von gestern auch noch einen umfangreichen Wertverlust ihres Fahrzeugs in Kauf nehmen. Da ist es der schiere Hohn, wenn ihnen für

den Kauf eines Neuwagens etwa zehn Prozent Rabatt eingeräumt werden soll. Die legendären 10 000 Euro, von denen in den Medien die Rede ist, gibt es nur für eine Luxuskarosse mit knapp sechsstelligem Listenpreis.

Was ginge für ein Aufschrei durchs Land, wenn man die bereits gekauften mit Fipronil verunreinigten Eier zurückbringen dürfte, um dann rabattierte frische Eier zu bekommen – mit 25 Prozent weniger Fipronil, aber weil die Eier größer sind, in Wahrheit mit mehr Fipronil als vorher. Man würde den Bauern die Eier an den Kopf werfen und die faulen Marketing-Tomaten gleich noch hinterher.

Es ist daher Zeit, den Deutschen die Wahrheit zu sagen: 1. Die angeblich so saubere Dieselschere kann nicht gleichzeitig die CO₂- und die Stickoxidgrenzwerte einhalten. Diesel ist eine Technik der Vergangenheit. 2. Auf Kosten der Verbraucher haben die Autokonzerngiganten gigantische Gewinne eingefahren. Die sollten die Kunden nun als echten Schadensersatz zurückbekommen. 3. Die deutsche Autoindustrie hat mutwillig und wider besseres Wissen Gesundheit und Klima irreversibel geschädigt, was sie zumindest ökonomisch wiedergutmachen sollte. 4. Den betrogenen Kunden muss ernsthaft aus der Patsche geholfen werden, und zwar nicht auf Kosten der ohnehin schon geschädigten Bürger. Zahlen müssen jetzt mal die Verursacher. 5. Die derzeit ebenfalls angebotenen Elektro- und Hybrid-Fahrzeuge haben die betroffenen Autohersteller gar nicht im Angebot – oder wenn, dann zu nicht marktfähigen Preisen und mit unzumutbaren Lieferzeiten.

Aus Profitorientierung hat die Autoindustrie nicht nur die eigene Zukunft, sondern auch die deutsche Wirtschaftskraft aufs Spiel gesetzt. Das Vertrauen in Made in Germany war mühsam aufgebaut und ist leider schnell verspielt. Die Politik sollte nicht Steuergeld für eine Industrie ausgeben, die ihre Probleme selbst verursacht hat und betrogene Kunden nicht angemessen entschädigen will. Die Autokonzerngiganten sind in der Pflicht. Und sie sind nicht *too big to fail*.